(A) (Minister Dr. Schnoor)

(Beifall bei der SPD)

Ich halte das für notwendig, meine Damen und Herren.

Ich beklage zutiefst, daß die Finanzausstattung des Landes es nicht zuläßt, hier mehr zu tun. Wir müßten an sich mehr tun, aber das ist eine Runde, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die wir eigentlich gemeinsam bestreiten sollten, wenn wir um die Rechte der Länder mit dem Bund streiten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Dazu hätte ich gerne etwas deutlichere Worte von Ihnen gehört, als hier im Einzelfall zu klagen und zu barmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich schließe hiermit die Beratung.

(B) Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 03 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2803 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich weise auf die Beschlußempfehlung 11/2810 sowie auf die Änderungsanträge im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/2904, vier Anlagen - hin. Diese Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Dr. Schrapf für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordnete Dr. Schrapf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der fortgeschrittenen Zeit erlauben Sie mir, daß ich, bevor ich zum Haushalt spreche, einige grundsätzliche Bemerkungen mache, und zwar zur Haushaltsberatung.

Meine Damen und Herren, wenn die Mehrheitsfraktion das, was in den letzten Wochen geschehen ist, auch nur andeutungsweise als eine Haushaltsberatung bezeichnet, so ist das im Grunde genommen eine Verhöhnung des Parlaments.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Das war keine Beratung, sondern im Grunde genommen eine schlechte Komödie. Ich bedauere es außerordentlich, daß die Öffentlichkeit an diesen Erfahrungen, die die Oppositionsfraktionen auch dieses Jahr wieder machen durften, nicht teilhaben kann. Die Augen würden für die völlige Unbeweglichkeit der Mehrheitsfraktion geöffnet, und vor allem würden die Augen geöffnet für das Desinteresse an der Mitwirkung der Opposition. Das nenne ich Marionettentheater unterster Qualität.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(D)

Und an den Strippen zieht die Exekutive, und die Legislative tanzt nach deren Pfeife.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

- Sie müssen mir dies schon gestatten; denn das ist eine Sache, die sich jährlich wiederholt. Ich denke, Sie sollten einmal darüber nachdenken.

Ich möchte nun speziell den Umwelthaushalt ansprechen, obwohl ich weiß, daß das Beratungsdesaster nicht nur im Umwelthaushalt stattfand. In diesem Haushalt hat sich das Ministerium insbesondere im Bereich der eigenen öffentlichen Darstellung hervorragend bedient. Dagegen sind wichtige Positionen im realen Umweltschutz nur sehr schwach ausgestattet worden. Ich nenne nur wenige Bereiche: Abwasserbeseitigung, Abfallbereich, Bodenschutz, Kanalsanierung.

(A) (Dr. Schraps [CDU])

Noch immer sind die Prinzipien einer ökologischen Abfallwirtschaft nicht umgesetzt. Nach wie vor werden Tausende von Tonnen wertvoller Rohstoffe deponiert und nicht wiederverwendet.

Gleiches gilt für den Hausmüll: Ein großer Teil der Grünabfälle, Küchenreste, sonstiger organischer Stoffe müssen heute noch deponiert werden, da das Land die Voraussetzungen für eine flächendeckende Kompostierung nicht schafft.

Große Probleme zeigen sich beim Gewerbe- und Sondermüll aus industriellen Prozessen.

(Beifall bei der CDU)

Hier stauen sich große Mengen bis in die Fabrikhallen zurück. Sie müssen dort oft unsachgemäß gelagert werden, weil sie nicht entsorgt werden können, da ein Sonderabfallentsorgungskonzept einfach nicht besteht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Die Bedeutung des Umweltschutzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist nicht hoch genug einzuschätzen. Ein Leistungsstandard, wie hoch oder niedrig er auch sein mag, darf auch in Zeiten finanzieller Probleme nicht unterschritten werden; dann muß umgeschichtet werden.

(B)

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Klugschwätzer!)

Und trotzdem gibt es in Jahren knapper Finanzressourcen auch im Umwelthaushalt Einsparungsmöglichkeiten, um die Forderung der Landesregierung zu erfüllen, daß die Ausgabenzuwächse jeweils deutlich unter den Einnahmewachsen bleiben.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Nennen!)

Die CDU-Fraktion war bereit, zur Konsolidierung dieses Haushalts beizutragen. Wir haben - erstens - dem Umweltausschuß Einsparungsanträge in Höhe von etwa 9 Millionen DM vorgelegt.

Wir haben - zweitens - für den realen Umweltschutz Mehrausgaben von ca. 2,5 Millionen DM gewünscht. Das heißt: Die reale Einsparung hätte bei Annahme unserer Anträge ca. 7 Millionen DM betragen. Das

(C)

ist sicher eine kleine Summe, gemessen am Gesamthaushalt, aber, meine Damen und Herren, ein Zeichen für die Verantwortung, der sich die SPD entzieht.

(Beifall bei der CDU)

Sie starren doch wie hypnotisierte Kaninchen auf den Haushaltsentwurf der Regierung; Sie sind zu keiner Bewegung fähig. Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, hat von vornherein mitgeteilt, daß nicht ein Antrag der Opposition von ihr ernsthaft geprüft oder gar mitgetragen würde oder daß sie etwa selbst Anträge einbringt.

(Abgeordneter Stump [CDU]: Unerhört!)

Die SPD hat sich damit ganz klar ihrer originären Aufgabe entledigt, als Mehrheitsfraktion ihre Kontrollfunktion auszuüben. Sie nimmt kritiklos und mit blindem Vertrauen hin, was vom Ministerium vorgelegt wird. Weit sind wir im Lande Nordrhein-Westfalen gekommen, daß eine Fraktion ohne Wenn und Aber mit geschlossenen Augen ministeriellen Vorturnern folgt. Diese Vasallentreue habe ich nicht einmal auf kommunaler Ebene kennengelernt!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Bei uns herrscht Ordnung, nicht Vasallentreue!)

(D)

- Vasallentreue, verfilzte Vasallentreue!

Ich fordere die SPD im Umweltausschuß auf, einmal den Mut zu zeigen, in Zeiten finanzieller Schwäche den Haushalt zu durchforsten und Positionen wenigstens zu verlagern. Ich habe nur das Gefühl, meine Damen und Herren: Sie haben Angst, sich mit Ihrem Minister anzulegen, der eventuell für höhere Weihen vorgesehen ist. Vielleicht dürfen wir ein bißchen Hilfestellung beim Sparen geben, z. B. im ministeriellen Bereich.

(Zurufe von der SPD)

- Lesen Sie doch einmal den Haushalt, ehe Sie sich aufregen. Gehen Sie einmal in den Titel "Geräte, Ausstattungsgegenstände, Modernisierung": eine Erhöhung von 200 000 auf 600 000 DM. Diese An-

(A) (Dr. Schraps [CDU])

passung kann durchaus reduziert werden, ohne daß das Ministerium gleich in das Mittelalter zurückfällt.

Sehen Sie sich den Titel "Planung, Erarbeitung, informationstechnische Konzepte für das Ministerium" an: von 400 000 auf 900 000 erhöht. Finanziert werden Studien zum Informationssystem, Bürokommunikation. So geht es weiter. Ich nenne noch ein paar. Ausgaben für Datenverarbeitung: 1,4 Millionen DM für Software, Softwareentwicklung. Bei der Schnelligkeit der Entwicklung müssen Sie das jedes Jahr einsetzen, weil nämlich diese Dinge ununterbrochen überholt sind. "Erwerb von Geräten, Ausstattung, Ausrüstungen": von 900 000 auf 1,5 Millionen DM angehoben. Der Haushaltsansatz "Öffentlichkeitsarbeit" wird um weitere 60 000 auf nunmehr 1,3 Millionen DM erhöht. Dann - und diese Zahl muß man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen - "Untersuchungen und gutachterliche Beratungsleistungen": von 210 000 auf 810 000 DM. Gutachteritis!

So geht es weiter und weiter. Ich spreche kurz die Kampagne im Rahmen der ökologischen Abfallwirtschaft mit dem unglaublichen Ansatz von 3,3 Millionen DM an - also spektakuläre Kampagnen, aber kein Beitrag zur eigentlichen Abfallvermeidung. Herr Minister, haben Sie einmal nachgeprüft, welchen Einfluß auf die Bevölkerung und welche Belastung für die Umwelt Ihre Hochglanzbroschüren haben? Sie erreichen nämlich den Normalbürger überhaupt nicht, verändern sein Umweltverhalten auch nicht,

(B)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist unrichtig!)

und wenn Sie sich Ihre letzte Zeitungskampagne anschauen, dann ist die von der Bevölkerung sogar übersehen worden.

- Sie haben sie ja auch nicht gelesen; sonst würden Sie hier nicht so schreien!

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt noch die Position "Kongresse, Ausstellungen" mit sage und schreibe 2,5 Millionen DM, also insgesamt für die persönliche Darstellung, für die Darstellung des Landes, für die Öffentlichkeitsarbeit runde 7 Millionen DM, die hinten und vorn im Haus-

(C)

halt ansonsten fehlen. Selbstverständlich muß sich ein Land darstellen können; aber in Zeiten finanzieller Not muß es diese Darstellung auch einmal zurücknehmen können.

Unsere Forderungen, die wir für den realen Umweltschutz gestellt haben, wurden überhaupt nicht einmal diskutiert, sie wurden abgelehnt, ohne sie überhaupt zu prüfen.

Ein Beispiel: Die Untersuchung "Versuche, Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft" wollten wir auf 2,3 Millionen DM erhöht haben. Es gibt keinen Pfennig mehr, sondern genausoviel wie im letzten Jahr, nämlich 700 000 DM - und das angesichts der Novelle des Landesabfallgesetzes, die noch in diesem Jahr durchgepeitscht werden soll. Das wird einfach gemacht, weil Sie beschlossen haben, ab nächstem Jahr keine kostenträchtigen Gesetze mehr zu beschließen. Deshalb muß es dieses Jahr noch klappen.

Es gibt auch keine Erhöhungen im Bereich der Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds. Da haben wir 10 % gefordert; das sind nur 1 Million DM mehr.

Das Landesabfallgesetz wird insbesondere einem großen Kreis von kleineren und mittleren Betrieben im Bereich der Investitionen Schwierigkeiten bereiten; diese können nur noch durch zinsgünstige Kredite beseitigt werden, um das Ziel, Abfälle weitestgehend zu vermeiden oder zu verringern, überhaupt zu erreichen.

(D)

Herr Minister, ein weiteres, sehr vernachlässigtes Thema im Haushalt ist der Bodenschutz. Sie haben für diesen Bereich immer sehr viel versprochen. Aber wenn Sie dem Bodenschutz eine hohe Priorität beimessen, wie das immer gesagt wird, dann sollten Sie auch im Haushalt für die notwendigen Mittel sorgen. Das Bodenschutzzentrum, das die Koordination dieser Querschnittsaufgabe übernehmen soll, das mit der Erarbeitung des Bodeninformationssystems beauftragt ist, ist weder personell noch finanziell so ausgestattet, daß effektive Arbeit möglich ist. Bodenschutz kann nur wirksam werden, wenn alle auf den Boden einwirkenden Faktoren berücksichtigt werden.

(A) (Dr. Schraps [CDU])

Es ist an der Zeit - hier spreche ich mehrere Ministerien an -, daß diese Dienststellen sich dieser Aufgabe stellen und auch, daß sich diese Aufgaben dann im Haushalt niederschlagen. Herr Minister, ich habe manchmal das Gefühl, daß Sie insgeheim doch das Bodenschutzzentrum für nicht so effektiv halten, weil nämlich im Grunde andere Landesbehörden diese Aufgaben durchführen können.

Grundsätzlich, Herr Minister, müssen Sie einmal überlegen, ob Ihr Weg der richtige ist: Sie machen Gesetze, Sie novellieren sie. Sie erlassen Verordnungen und Verfügungen, alles in großer Zahl, und verkaufen das dann mit einem wunderbaren Pomp in der Öffentlichkeit. Aber Sie verschwenden im Grunde genommen keinen Gedanken an die Umsetzung dieser Gesetze.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das heißt, verwaltungsorganisatorische Fragen bleiben außen vor. Sachkosten, Personalkosten werden niemals im voraus berechnet und werden auch nicht bedacht. Sie belasten bei stagnierender Einstellung von Personal die Personen, die in Ihren Ministerien arbeiten. Ich denke, das müßte einmal bedacht werden.

(B)

Noch einmal zum Bodenschutz zurück! Es wird völlig vergessen, daß dazu auch die Altlastensanierungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen gehören. Hier ist, so meine ich, ebenfalls eine Neuorganisation und eine finanzielle Stärkung dieses Aufgabenbereichs in Nordrhein-Westfalen vorzunehmen. So kann es nicht weitergehen.

Die Probleme der Altlastensanierung werden sich auch nicht mit der Novellierung des Landesabfallgesetzes regeln. Sie werden bei dieser Haltung - nichts sehen, nichts hören! - keine Problemlösung bringen. Ebenfalls lösen Sie das Problem nicht durch Einsetzen von 50 Millionen DM Einnahmen in den Haushalt 1992, wenn man heute schon weiß, daß diese Einnahmen niemals erreicht werden, also auch nicht zur Verfügung stehen werden.

Es ist ein starres Festhalten an einem einmal beschlossenen Prinzip, diese Verbandsausstattung nicht zu verändern. Es wird sich auch nicht durch die Vor-

(C)

auszahlungspflicht, über die wir uns im Rahmen der Haushaltsdebatte unterhalten haben, ändern; ich schneide das nur kurz an. Es sind einfach lächerliche Summen, mit denen Sie die Altlasten im Industriestandort Nordrhein-Westfalen nicht beseitigen werden. Es reicht eben nicht aus, gesetzliche Regelungen zu schaffen und dann die praktische Auswirkung zu ignorieren. Tatsächlich sieht es doch so aus, daß Sie 1990 10 Millionen DM eingenommen haben, 1991 ebenfalls 10 Millionen DM, d. h., daß Sie von den veranschlagten 50 Millionen DM weit, weit weg sind. Nun können Sie auch nicht sagen, der Verband sei ganz neu gewesen. Jetzt endlich müßte er es erreichen. Für 1992 und 1993 prognostiziere ich, daß es nicht besser wird, auch nicht durch das Landesabfallgesetz.

Überlegen Sie einmal, daß das Projektvolumen jetzt schon 100 Millionen DM beträgt, daß der Altlastensanierungsverband einen Haushalt mit einem Umfang von 80 Millionen DM hat! Davon werden 60 Millionen DM für Altlastensanierung benötigt. Ich warte eigentlich mit Spannung auf die Reaktion der Delegierten, die diesen Haushalt ja mitbeschließen - und das alles vor dem Hintergrund von rund 15 000 bekannten und einer großen Zahl unbekannter Altlasten! Ich denke, hier wäre der konstruktive Handlungswille der Landesregierung endlich einmal gefordert.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Wir werden nach dem heutigen Stand auf die Sanierung und damit auf die Gefahrenabwehr noch lange warten müssen.

Ich komme zum Schluß. Für den Bereich Umweltschutz zeichnet sich der Haushalt 1992 durch einen verschwenderischen Umgang mit Steuergeldern an den falschen Stellen aus. Wie auch in den vergangenen Jahren zeigt er wiederum keine Schwerpunktbildung für die ökologische Weiterentwicklung dieses Landes. Vom Haushalt 1992 geht keinerlei Signalwirkung in das Land.

Herr Minister, nach acht Jahren Amtszeit müssen Sie sich einmal fragen lassen: Wie steht es mit der Abfallentsorgung? Wie steht es im Abwasserbereich? Was machen unsere Altlasten? Wie ist es mit der Sonderabfallbeseitigung? - Haben Sie einmal darüber

(A) (Dr. Schraps [CDU])

nachgedacht, ob Sie uns nach acht Jahren Amtszeit hier wirklich eine effektive Antwort geben können?

Die Leistungen im Umweltschutz müssen wegen der Wichtigkeit der Probleme ausschließlich an ihrer Effizienz gemessen werden. Postulate und Kampagnen nützen niemandem in diesem Lande, sondern sie verschleiern nur die eklatanten Probleme in Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Sie glauben doch selber nicht, was Sie sich da aufgeschrieben haben.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Pflug für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Pflug (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Dr. Schraps, nach diesem Donnerwetter habe ich mir natürlich erst einmal die Anträge der CDU-Fraktion herausgeholt; denn ich wollte noch einmal nachschauen, wo denn eigentlich Ihre Umschichtungsvorschläge und Ihre Schwerpunkte sind:

(B)

Sie haben 17 Anträge gestellt, darunter 14 enthaltend Einsparungen. Dabei soll - natürlich ganz sensationell neu - die Öffentlichkeitsarbeit gekürzt werden, die Mittel für Kongresse sollen gekürzt werden. Das kenne ich schon seit elfeinhalb Jahren, seitdem ich diesem Haus angehöre. Es ist wirklich nichts Neues dabei gewesen.

Ich will aber auch nicht Ihre Schwerpunkte verschweigen. Drei Anträge auf Erhöhung haben Sie gestellt.

Da heißt es zum Beispiel: Die Mittel für neue Geräte und für die Überwachung in der Luftreinhaltung sollen um 50 000 auf 250 000 DM erhöht werden. - Donnerwetter, kann ich da nur sagen: 50 000 DM - Sie haben bloß nicht ausgeführt, wofür.

Wenn das aus Ihrer Sicht wirklich ein Schwerpunkt gewesen wäre, hätten Sie uns das vorher vielleicht einmal ankündigen sollen. Möglicherweise hätten wir

(C)

dann darüber auch einen Konsens erzielen können. Aber wenn Sie Ihre Anträge kurz vor den Haushaltsberatungen auf den Tisch legen und dann mit solchen vollkommen unspezifizierten Anträgen aufwarten, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir das ablehnen. Im übrigen wüßte ich auch nicht, wo dort ein Schwerpunkt sein soll.

Dann haben Sie noch einen weiteren Antrag zu Untersuchungen und Vorplanungen für die Abfallwirtschaft gestellt, der eine Erhöhung von 1,5 Millionen DM auf 2,3 Millionen DM vorsieht.

Auch bei diesem Antrag haben wir uns gefragt: Wofür? - Sie müssen ja wenigstens einmal sagen, wofür. Einfach nur ins Blaue hinein zu formulieren, ist natürlich nicht sinnvoll.

Dann haben Sie einen Antrag zur Erhöhung des Kreditplafonds um 1 Million DM gestellt. Dazu darf ich Ihnen sagen: Auf diese Idee waren wir auch schon gekommen und wollten ihn sogar um 4 Millionen DM erhöhen. Allerdings sind wir bei unseren Beratungen im Arbeitskreis zu der Meinung gelangt, unter den gegebenen finanziellen Restriktionen darauf verzichten zu sollen, weil wir das für verantwortbar halten.

Also, Frau Kollegin Schraps: Von Umschichtungen können Sie doch nun wirklich nicht reden. Das ist sicherlich mit Blick auf Ihre Anträge nicht gerechtfertigt.

(D)

Wenn Sie im übrigen die Art und Weise kritisieren, in der der Haushalt beraten worden ist, kann ich Ihnen auch antworten: Ich hätte mir gewünscht, daß die Öffentlichkeit einmal dabei gewesen wäre, als wir das Landesabfallgesetz beraten haben. Einen solch konfusen Beratungsstil, wie er von der CDU praktiziert worden ist, habe ich noch nicht erlebt!

(Beifall bei der SPD)

Auf der einen Seite kommen Sie mit der Verpflichtung zur Abfallberatung für die Unternehmungen. Das ist wirklich reinste Planwirtschaft gewesen. Auf der anderen Seite ist Ihnen aber das, was der Minister vorgeschlagen hat, alles zu weitgehend.

(A) (Pflug [SPD])

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat zum Einzelplan 10 keine Änderungs- und Ergänzungsanträge für den Haushalt 1992 eingebracht; das aber nicht etwa deshalb, weil wir keine Vorstellungen davon hätten, was zusätzlich noch getan werden könnte oder wo man noch eine finanzielle Stärkung hätte gebrauchen können, sondern weil auch wir im Umweltschutz die finanziellen Rahmenbedingungen zu akzeptieren haben.

Nach intensiver Beratung des Umwelthaushaltes ist unser Arbeitskreis jedenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß wir innerhalb dieses Umwelthaushaltes nicht umschichten sollten, weil wir der Meinung sind, daß das Ministerium die Prioritäten richtig gesetzt hat.

Ich hatte Ihnen bereits gesagt, daß wir zunächst davon ausgegangen waren, den Kreditplafond um 4 Millionen DM erhöhen zu sollen. Aber das Ergebnis unserer Beratungen hat gezeigt, daß es verantwortbar ist, auch dort einen Einsparbeitrag zu leisten, bei dem der Kreditplafond in Gänze gestrichen wurde. Deshalb, Frau Kollegin Schraps, ist es natürlich klar, daß wir auch Ihrer Erhöhung um 1 Million DM nicht zustimmen können.

(B) Lassen Sie mich dazu anmerken, daß dieser Kreditplafond von den betroffenen Unternehmungen recht gut genutzt wurde. Wir können deshalb, meine ich, davon ausgehen, daß die Unternehmen auch zukünftig in Techniken zur Abfallverwertung schon aus unternehmerischem Interesse heraus investieren werden.

Die Schuldendiensthilfe über den Kreditplafond machte für die Einzelunternehmungen etwa zwischen einem halben und einem Prozent aus. Aus diesem Grunde hielten wir es für zumutbar, nicht nur auf unsere Erhöhung des Ansatzes zu verzichten, sondern auch die Streichung dieses ganzen Titels sowie des Ansatzes für den Kreditplafond beim Immissionsschutz hinzunehmen.

Damit leistet der Umwelthaushalt einen Sparbeitrag in Höhe von 17,5 Millionen DM. Ich betone noch einmal, daß wir die Streichung dieser beiden Plafondansätze für vertretbar halten.

Nun habe ich bereits etwas zu Ihren Einsparungsanträgen gesagt, die ja real ein Volumen von 6,9 Mil-

(C)

lionen DM vorsehen. Es ist, wie in den vergangenen Jahren, üblich, daß Sie die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums kritisieren. Ich muß aber hinzufügen, daß uns dafür allmählich das Verständnis fehlt, weil es heute kaum noch eine Veranstaltung gibt, auf der nicht die Forderung erhoben wird, die Beratung und Information über einzelne Bereiche des Umweltschutzes zu intensivieren und dafür möglichst zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der Versuch der Oppositionsfraktionen, ein spezielles Gesetz über die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung in einem bestimmten Zeitraum vor Wahlterminen zu initiieren, weil sie mit ihrer Klage gegen Minister Matthiesen gescheitert sind. Das Verfassungsgericht hat nämlich ausdrücklich festgestellt, daß die Ausgaben des Ministeriums zur Abfallberatung in allen Punkten verfassungsgemäß waren.

Das Verwunderliche daran ist, daß Sie, nachdem Sie mit Ihrer Klage gescheitert sind, nun ein Gesetz einbringen wollen. Normalerweise ist etwas Derartiges nur dann der Fall, wenn man mit einer Klage Erfolg hatte oder der Spruch anders ausgefallen wäre und man daraus die Konsequenzen zöge.

Sie ziehen die Konsequenz, daß Sie, nachdem Minister Matthiesen in allen Punkten obsiegt hat, eine Gesetzesinitiative ergreifen wollen. Diese Logik ist überhaupt nicht einsehbar.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen will die CDU Einsparungen auch bei der Ausstattung des Umweltministeriums mit Datenverarbeitungsanlagen und technischen Geräten vornehmen. In der Begründung des CDU-Antrages heißt es dazu unter anderem:

In Zeiten knappen Geldes erscheint die Investition in Geräte nicht notwendig. Es muß Übergangsweise mit alten Geräten weitergearbeitet werden können.

Wir halten diese Aussage für falsch, weil auch in Zeiten knappen Geldes der technische Standard im Umweltschutz mindestens gehalten werden muß.

(A) (Pflug [SPD])

Besonders interessante Anträge hat uns die Fraktion der GRÜNEN vorgelegt. Diese sind deshalb interessant, weil die Finanzierung des Beantragten in Höhe von 583 Millionen DM aus Einnahmen erfolgen soll, die noch gar nicht vorhanden sind, für die es gar keine Rechtsgrundlage gibt und die zudem in ihrer Höhe unkalkulierbar sind. Wenn sie denn im Jahre 1992 anfallen sollten, dann mit Sicherheit nicht in dieser Größenordnung.

Lassen Sie mich hierzu noch einige Bemerkungen machen: Die Erhebung einer Abfallabgabe ist prinzipiell sicher ein richtiges Instrument, wobei wir in Nordrhein-Westfalen bekanntlich aber den Weg des Lizenzentgeltes über den Abfallbeseitigungs- und Altlastensanierungsverband gegangen sind. Dies war damals ein neuer und richtiger Weg. Jetzt geht es zunächst einmal darum abzuwarten, wie der Bundesumweltminister die auch von ihm beabsichtigte Abfallabgabe gesetzlich regelt.

Deshalb halten wir es für unmöglich, in Nordrhein-Westfalen ohne vernünftige Rechtsgrundlage zu diesem Zeitpunkt einfach vorzupreschen.

(B) Die von den GRÜNEN beabsichtigte Grundwasserentnahmeabgabe ist rechtlich zumindest problematisch, da sie wahrscheinlich in der Rahmengesetzgebung des Bundes, im Wasserhaushaltsgesetz, zunächst ermöglicht werden müßte. Außerdem müßte hier erst einmal der Bedarf für eine solche Abgabe geprüft werden.

300 Millionen DM soll die von den GRÜNEN geplante Luftschadstoffabgabe einbringen. Auch hier, meinen wir, handelt es sich um einen Schnellschuß. Sieht man einmal davon ab, daß es auch hierfür keine Landesrechtsgrundlage gibt, bleibt vor allem die Frage, welche strukturellen Auswirkungen eine Luftschadstoffabgabe auf Nordrhein-Westfalen hätte; schließlich ist Nordrhein-Westfalen nicht nur Schadstoffexporteur, sondern erhält auch die Schadstoffe seiner Nachbarländer, und dies nicht zu knapp. Wenn überhaupt eine Schadstoffabgabe, dann mindestens bundeseinheitlich. Im übrigen haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, daß wir den Weg einer Energiebesteuerung für besser halten, weil hierdurch ein Zwang zur Energieeinsparung vermittelt

(C)

wird und strukturelle Verwerfungen bestimmter Wirtschaftszweige besser vermieden werden können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß feststellen, daß die finanziellen Rahmenbedingungen im Augenblick zwar keine umweltpolitischen Highlights mit großer Medienbegleitung erlauben, daß aber dennoch der Haushalt alle erforderlichen Maßnahmen beinhaltet, die für eine vernünftige und wirksame Umweltpolitik erforderlich sind.

Die Umweltpolitik der Zukunft wird nicht so sehr daran gemessen werden, was mit welchem finanziellen Aufwand noch zusätzlich gemacht werden kann, sondern mit welchen Instrumenten bereits im Ansatz Umweltschädigungen verhindert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Herrn Abgeordneten Kuhl von der Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

(D) Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn der Haushaltsberatungen im Ausschuß habe ich sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die F.D.P.-Fraktion keine Änderungsanträge stellen wird. Wir haben auch keine gestellt. Die Beratungen haben gezeigt, daß dies richtig war - die Damen und Herren von der SPD-Fraktion haben alle Änderungsanträge der CDU und der GRÜNEN, ohne inhaltlich darüber zu diskutieren, in einem Rutsch abgelehnt.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Weil es so vereinbart war, und weil Sie früher weg wollten!)

- Herr Kollege Strehl, nein, nein. Sie sind vorher gefragt worden, ob Sie bereit seien, auch nur über einen Antrag inhaltlich zu diskutieren oder mit sich darüber reden zu lassen. Darauf haben Sie für die SPD erklärt: nein.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Das war eine rhetorische Frage!)

(A) (Kuhl [F.D.P.]

Damit hat sich alles andere erübrigt. Das muß man an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Die F.D.P.-Fraktion hat in den letzten sieben Jahren immer sehr detaillierte Einsparungsvorschläge zum Umwelthaushalt vorgelegt; sie sind ausnahmslos durch Ihre Abstimmungs Guillotine geköpft worden. Den beiden anderen Fraktionen ist es dieses Jahr genauso ergangen - Frau Dr. Schrapf hat es zum ersten Mal erlebt.

Ich kann nur sagen: Das Management by Champignon, das Sie betreiben - einer steckt den Kopf hoch, und schon ist er ab -, halte ich nicht für demokratisch. Das sind keine Spielregeln, an die wir uns künftig halten sollten.

Wir alle kennen die Finanzsituation nicht nur der öffentlichen Hände, sondern auch die desolate dieses Hauses. Sparmaßnahmen sind notwendig. Die Landesregierung hat sehr eindrucksvoll gezeigt, daß sie ganz kurzfristig, innerhalb von drei Tagen, 1 Milliarde DM einsparen kann.

(B) Damit bin ich bei dem Stichwort "Programmwirksamkeit". Die Ausflüchte der Landesregierung auf meine Frage im Ausschuß, worin die Sinnhaftigkeit der Programmkürzungen liege und wozu sie führten, waren sehr matt. Inhaltlich konnte man darüber auch im Ausschuß nicht richtig diskutieren. Um es einmal weiter fortzuführen: Wenn Sie sechs Tage Zeit gehabt hätten, hätten Sie wahrscheinlich 2 Milliarden DM, bei neun Tagen 3 Milliarden DM gespart usw. Das macht deutlich, daß diese Form der Einsparung überhaupt keine Sinnhaftigkeit hat. Das macht auch deutlich, daß der Haushalt im Grundsatz sehr unseriös ist.

Sie haben auch gesagt, wo Sie dieses Geld einsetzen wollen: für den Strukturwandel - der so ganz plötzlich gekommen ist. Gerade die F.D.P.-Fraktion hat über Jahre hinweg gefordert, dafür mehr zu investieren. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen, die zeigen, wie man die Gelder verschwendet:

Erstens. In der Gemeinde Engelskirchen, deren Grundfläche aus 64 % Wald besteht - damit ist diese Gemeinde die walddreichste Region in Nordrhein-Westfalen -, werden Baumpflanzaktionen gefördert. Dies halte ich schlichtweg für Unsinn.

(C)

Zweitens. Im ländlichen Raum wird gefordert, daß für Kleinstsiedlungen, die aus vier Häusern bestehen, Kanalanschlüsse hergestellt und Abwasserbeseitigungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dazu müssen mit Milliardenaufwand kilometerlange Leitungen gelegt werden. Auch dies ist schlicht unsinnig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie auf der einen Seite die Gemeinden durch bestimmte Fristen zwingen, Abwasserkanalisation vorzunehmen, auf der anderen Seite aber ankündigen, daß die Mittel dafür gestrichen werden, obwohl Sie sie groß angekündigt haben, und die Gemeinden den förderungsunschädlichen Baubeginn dieser Maßnahmen nicht mehr durchführen können, ersticken Sie, wie so häufig, wieder einmal alle Erwartungen im Keime. Wir sollten in diesem Zusammenhang in der Tat einmal über alternative Kläranlagen diskutieren. Meiner Auffassung nach sind diese nicht nur effektiver, sondern letztendlich billiger.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion - das geht vor allen Dingen an die Landesregierung -: Wenn man bei dem Thema Effizienz der Landesregierung ein wenig verweilt, stellt man schnell fest, daß die Effizienz nicht so groß ist, wie sie dargestellt wird. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, wo sich gerade Umweltminister Matthiesen immer wieder - ich habe das einmal mit dem Stichwort "Freitags-Schocker" beschrieben - in die Öffentlichkeit hineinstellt, Skandale im Lande umrührt, herbeiredet und letztlich nichts, aber auch gar nichts unter dem Strich herauskommt. Ein Beispiel: Kälbermastskandal. Sie haben demonstrativ rosa Kälberfleisch gegessen. Sie finden es heute in keiner Metzgerei. Der Verbraucher nimmt es immer noch nicht an. Er wird es auch nie annehmen.

(D)

Nächstes Beispiel: Dioxin-Skandal in Marsberg. Wir werden wohl am Freitag oder in der nächsten Woche - ich weiß es jetzt nicht genau - noch einmal darüber reden. Da haben Sie großartig Freitag mittags den Skandal aufgedeckt. Was ist dabei herumgekommen? Überhaupt nichts!

Hätten Sie doch ab und zu einmal auf die Warnungen der F.D.P. gehört! Wir haben davor gewarnt, dies immer in dieser Art und Weise zu begehen. Aber

(A) (Kuhl [F.D.P.]

nein, Sie müssen das so machen. Die Selbstdarstellung ist in diesen Fällen für Sie immer das Wichtigste.

Das schönste Stichwort, Herr Minister, ist immer wieder die Frage der Entsorgung. Wo sind denn eigentlich die dringend benötigten Entsorgungsanlagen, die - da stimme ich wohl mit vielen Menschen in diesem Lande überein - dringendst benötigt werden? Die Gelder dafür fehlen im Haushalt. Dazu ist gerade von der CDU einiges ausgeführt worden. Ich will mir das jetzt an dieser Stelle ersparen.

Wenn ich sage, daß die Gelder dafür im Haushalt fehlen, will ich damit aber nicht proklamieren, daß die öffentliche Hand diese Anlagen bauen muß. Denn das können die Privaten viel besser. Aber was würde selbst das Geld dafür nutzen, wenn es die Standorte nicht gibt, wenn diese Standorte in großen Teilen noch nicht einmal bestimmt sind? Ich wage, an dieser Stelle heute schon zu sagen, obwohl wir das Landesabfallgesetz erst am Freitag diskutieren werden: Dieses Landesabfallgesetz wird den Ausbau und den Bau solcher Anlagen nicht nur weiter verzögern, sondern letztendlich auch behindern.

(B)

Meine Damen und Herren, es kommt ja nicht von ungefähr, daß bei einer Untersuchung, deren Ergebnis im Februar dieses Jahres veröffentlicht worden ist, als man rund 1 000 Schüler aus 44 Schulklassen aller Schulformen in Nordrhein-Westfalen befragt hat, diese Jugendlichen eine große, die meisten sogar eine sehr große Angst vor einer Zunahme der Umweltzerstörung hatten. Auf die Frage, ob sie denn glauben würden, daß Politiker diese Probleme lösen könnten, antworten 16 % mit "eher wahrscheinlich", 51 % sagten "eher unwahrscheinlich".

Meine Damen und Herren, daran ist auch - auch! - die Politik dieser Landesregierung mit schuld. Ich sage nicht "ausschließlich"; das wäre in der Tat vermessen. Aber die Politik dieser Landesregierung ist mit schuld, vor allen Dingen deshalb, weil die Glaubwürdigkeit der Politik immer weiter auf der Strecke bleibt. Denn die Ankündigungen, die wir in Nordrhein-Westfalen ständig hören, insbesondere auch hier in diesem Hause, und deren Umsetzung wir gerade als Oppositionsfraktion immer wieder einfordern, damit es eben nicht nur bei den Ankündigungen

(C)

bleibt, tragen nicht dazu bei, die Probleme zu lösen, und werden auch nicht dazu beitragen, daß die Politik in diesem Bereich glaubwürdiger wird.

Was wir hier in Nordrhein-Westfalen machen, ist ein ständiges Herumdoktern an Symptomen. Wir machen Umweltreparatur. Umweltpolitik sollte aber endlich eine ganzheitliche oder - um mit Ihren Worten zu reden, meine Kollegen von der SPD - eine querschnittsbezogene Aufgabe sein. Aber wir kommen nicht über das Herumdoktern an Symptomen hinaus.

Es gibt sicherlich - ich sage auch dies an dieser Stelle ganz bewußt - einige wichtige Erfolge im Umweltbereich. Aber letztendlich wird der Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen durch Ineffizienz vieler ordnungsrechtlicher Vorschriften, durch ein Vollzugsdefizit und durch bürokratische Hemmnisse immer wieder behindert. Tatsache ist hier in Nordrhein-Westfalen nach wie vor, daß erstens der Abfall-Entsorgungsnotstand greifbar vorhanden ist. Er wird sogar von der Landesregierung eingeräumt. Der Zustand unserer Gewässer ist immer noch unbefriedigend. Die Trinkwasserqualität ist langfristig nicht gesichert.

Die Antworten, die die Landesregierung und der zuständige Minister immer geben, kann man mit Strohfeuern vergleichen: schnell die Flamme empor, das Feuer brennt herunter, geblieben ist nichts.

(D)

Das jüngste Relikt zur Umweltpolitik durften wir ja in diesen Tagen den Zeitungen entnehmen. Da war wohl der Wunsch, und zwar der ideologische Wunsch, der Vater des Gedankens, als Matthiesen erklärte: Dann machen wir unsere Städte kurzerhand dicht! - Herr Minister, so einfach ist Umweltpolitik nicht. Hier müssen Sie sich in der Tat etwas anderes einfallen lassen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bin zugegebenermaßen jetzt etwas über den Haushalt hinausgegangen. Aber ich denke, daß jetzt der Zeitpunkt ist, wo man auch solche Fragen grundsätzlicher Art durchaus ansprechen muß. Ich würde mich freuen - ich sage das ganz ausdrücklich, und, Herr Kollege Strehl, Sie wissen, daß ich das so meine, wie ich es sage -, wenn wir im nächsten Jahr Probleme

(A) (Kuhl [F.D.P.]

hier einmal gemeinsam angehen können, gemeinsam darüber diskutieren, nicht nur hier unsere Fensterreden halten - ich sage das einmal ganz bewußt für alle -, sondern uns im Ausschuß wirklich einmal ernsthaft mit den Problemen auseinandersetzen - nicht so wie beim Abfallgesetz.

Kollege Pflug, Sie haben vorhin angesprochen, wie chaotisch das alles gewesen ist. Wissen Sie: Der Ausschuß hat sich mit diesem Problem nur ein einziges Mal beschäftigt; einmal haben wir im Ausschuß über das Landesabfallgesetz diskutiert. Jetzt können Sie mir vorhalten, daß wir zweimal darüber diskutiert haben. Natürlich: Wenn Sie die chaotische halbe Stunde von heute morgen meinen, dann haben Sie recht; dann war es in der Tat zweimal. Aber dort haben keine Diskussionen stattgefunden. Dort wurden Meinungen ausgetauscht. Jeder, der an diesen Beratungen teilgenommen hat, weiß dies.

Darum noch einmal die herzliche Bitte: Lassen Sie uns beginnen, miteinander zu diskutieren, damit wir für dieses Land vernünftige Lösungen vielleicht auch einmal gemeinsam auf den Weg bringen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf jetzt Herrn Abgeordneten Mai für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle auch etwas allgemeiner zur Umweltpolitik unseres Umweltministers Stellung nehmen, aber natürlich auch auf die Themen eingehen, die hier schon von meinem Vorredner und meinen Vorrednerinnen angeschnitten worden sind.

Auf unsere Abgabenvorschläge gehe ich nachher noch speziell ein. Man kann schon feststellen, daß wir GRÜNE mit unseren Vorschlägen auf der Höhe der Zeit sind, während Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Vorschläge, die ja aus GRÜNEN-Programmen stammen, jetzt in Ihr Programm übernommen haben und es GRÜNE-Umweltpolitiker sind, die in Hessen, Niedersachsen, demnächst auch in

(C)

Bremen genau diese Vorschläge umsetzen. Nordrhein-Westfalen steht ganz hinten an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will aber zunächst zu drei Themenfeldern Stellung nehmen, die umweltpolitisch gerade in Nordrhein-Westfalen brisant sind: erstens zu der Abfallpolitik, und hier insbesondere zu der Sonderabfallpolitik des Umweltministers, zweitens zur Energie- und Klimapolitik, obwohl sie jetzt im Wirtschaftsressort angesiedelt worden ist, und zusammenhängend mit den beiden Themen zu dem ungeheuren, in Nordrhein-Westfalen immer größer werdenden Vollzugsdefizit auf allen Ebenen im Bereich des Umweltschutzes.

Zunächst zur Abfallpolitik, zu der wir noch Grundlegenderes am Freitag zur Verabschiedung der Novelle zum Landesabfallgesetz sagen werden! Bei diesem Thema werden wir die Landesregierung und Sie, Herr Minister Matthiesen, natürlich nicht in Ruhe werkeln lassen. Wir GRÜNE - und da gibt es totalen Konsens zwischen Bärbel Höhn und mir - werden keine Ruhe geben, wenn Sie mittels Erlassen die Kreise und Städte im Lande zur Müllverbrennung um jeden Preis zwingen wollen. Ich zitiere einmal aus Ihrem nicht veröffentlichten Erlaß an die Regierungspräsidenten:

(D)

Die Müllverbrennung nach dem Stand der Technik ist unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Abfallwirtschaftskonzepte.

Damit schreiben Sie den Kommunen zwangsweise die Müllverbrennung flächendeckend vor.

Herr Matthiesen, es gibt heute noch keine TA Siedlungsabfall. Der Entwurf ist uns in dieser Woche wohl zugegangen. Sie wissen genau, daß der im Töpfer-Entwurf genannte Grenzwert für die Deponierestorganika wissenschaftlich eigentlich überhaupt nicht begründbar ist. Bei Einhaltung des dort vorgesehenen Parameter des Glühverlustes, der bei kleiner als 5 % liegen soll, dürften Sie in Zukunft mit Kalksandstein zum Beispiel überhaupt nicht mehr bauen und müßten Sie alle Braunkohlevorräte im Lande aus dem Boden holen. Letzteres macht die Landesregierung ja eigentlich schon vorbildhaft.

(A) (Mai [GRÜNE])

Wir wissen, daß Sie, Herr Matthiesen, derjenige sind, der diese Regelung, die praktisch die Müllverbrennung für alle Kommunen zwingend vorschreibt, haben will. Wir wissen aber auch, daß andere Bundesländer, wie etwa Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder sogar Bayern, vielleicht auch noch Baden-Württemberg, Brandenburg und Rheinland-Pfalz und jetzt demnächst wohl auch Bremen - an dieser Stelle will ich die Ampel-Koalition ausdrücklich begrüßen, und ich freue mich, daß wir einen weiteren Umweltsenator in Ihrer Runde begrüßen können -, massiven Widerstand gegen solch eine unsinnige Vorgabe erheben werden. Wir werden ihn unterstützen.

Nicht nur wir GRÜNE machen Druck gegen den Zwang zur Müllverbrennung, Herr Matthiesen. Vielmehr wird der Druck durch Ihre Pläne nicht kleiner, sondern sogar noch größer werden. Denn Sie lassen mit dieser Vorgabe Alternativen erst gar nicht zu. Das heißt, Sie geben einer anderen Techniklinie als der der Müllverbrennung überhaupt keine Chance. Es wird sich deshalb auch keine andere Techniklinie etablieren oder beweisen können, wenn Sie mit Ihren Erlassen schon jetzt eine Entwicklung in eine andere Richtung in NRW erst gar nicht zulassen.

(B) Daß es auch anders geht als etwa im nordrhein-westfälischen Aachen, beweisen jetzt aktuell u. a. die Stadt Freiburg und der Landkreis Freiburg-Breisgau. Sie haben in der Stadt Freiburg mit den Stimmen von SPD und - hören Sie zu - CDU, GRÜNEN und F.D.P. - im Kreis Freiburg-Breisgau waren lediglich einige Vertreter der F.D.P. dagegen - den Bau einer Müllverbrennungsanlage eindeutig abgelehnt und die Errichtung einer Rotteponie mit der Umsetzung eines vorbildhaften Abfallwirtschaftskonzeptes beschlossen. Ich zitiere einmal aus der "Freiburger Zeitung" vom 23. Oktober dieses Jahres:

Für die CDU hielt Manfred Hettig den eingeschlagenen Weg für umweltverträglicher und die damit verbundenen Probleme für beherrschbarer als bei der Verbrennung.

- Der CDU-Vertreter in Freiburg! Und es geht weiter:

Ähnlich äußerte sich Karl-Ernst Friedrich für die SPD, der zugleich die Forderung erhob, daß sich

(C)

Müllvermeidung bei den Berechnungen der Gebühren für die Bürger auszahlen müsse.

Dem Kreistag von Freiburg-Breisgau erklärte Bruno Zimmermann für die SPD:

Für die Rotte sprächen aber Vorteile wie geringere Dioxin-Belastungen, weniger anfällige Technik, weniger Sondermüll, geringere Kosten oder einfachere Standortsuche.

Die SPD hatte sogar noch Änderungswünsche. Sie wollte bei den Aussagen zur Zukunft und der Hoffnung auf technisch weiterentwickelte Verfahren die thermische Behandlung ausdrücklich gestrichen haben. Es geht also auch anders. Diese Entwicklungsstränge, Herr Matthiesen, schneiden Sie einfach ab.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Herr Matthiesen, das, was in Freiburg möglich ist, muß doch auch in Nordrhein-Westfalen möglich sein. Ich wehre mich grundsätzlich gegen Ihren Politikanthatz, Herr Minister, nämlich auf der einen Seite - das hat Frau Dr. Schrapf schon angeführt - sich der flächendeckenden Einführung der Bioabfallkompostierung, wie es Hessen und Niedersachsen vormachen, in NRW zu verweigern - selbst die CDU hätte hier im Landtag mitgezogen -, auf der anderen Seite aber dafür die Müllverbrennung flächendeckend gegen massive Widerstände stur und ohne die Duldung von Alternativen durchzuziehen. Da machen wir GRÜNE auch weiterhin nicht mit, und da werden wir auch nicht zusammenkommen, Herr Minister.

(D)

Ein deutliches Wort zu der Volksverdummung, die das "Duale System Deutschland" zur Zeit mit dem Grünen Punkt betreibt, hätte ich mir von unserem Minister, der ja sonst so wortgewaltig daherkommt, auch dann gewünscht, wenn Sie mit den GRÜNEN ansonsten nicht so gerne in Kontakt kommen. Auch wenn Sie gegen Fischer, Griefahn und Gauweiler für die Verpackungsverordnung votiert haben, sollte man doch mit der Kritik nicht so kleinlaut hinter dem Berg halten, wie Sie es tun, Herr Matthiesen. Ich habe heute eine Pressemitteilung über unseren Kollegen Gauweiler aus Bayern gehört. Der hat sich geäußert, und es heißt: Gauweiler vom "Dualen System" ent-

(A) (Mai [GRÜNE])

täuscht, Run auf den Grünen Punkt: Umweltminister sieht Verbraucher in die Irre geführt. - Solche Äußerungen hätte ich mir eigentlich auch von unserem Umweltminister in Nordrhein-Westfalen gewünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe in Veranstaltungen in Kommunen den Eindruck gewonnen, daß Ihre SPD-Kommunalpolitiker da schon weiter sind und das Ganze durchschaut haben. Der Grüne Punkt als vermeintliches Umweltzeichen wird dazu führen, daß die Verbraucher und Verbraucherinnen demnächst mit vermeintlich gutem Ökogewissen die Einwegmilchflasche kaufen, die Mehrwegflasche aber stehenlassen und deshalb weitere Mehrwegsysteme keine Chance haben. Der Umweltminister unseres Landes schweigt dazu, nein, er verbietet den Kritikern, wie dem Vertreter des Landkreistages, den Mund und preist die Initiative für den Grünen Punkt in seiner Veranstaltung als "Neues Denken". Was ist nur aus unserem Umweltminister geworden, fragen sich da mit Recht die Leute.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(B) Vizepräsident Schmidt: Herr Mai, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Dr. Vesper?

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Ja natürlich; immer!)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Lieber Kollege Mai! Haben eigentlich die Initiatoren des grünen Punktes bei der Bundespartei DIE GRÜNEN nachgefragt, ob Sie den Begriff GRÜN verwenden dürfen?

(Minister Schwier: Grüne Jungs darf man auch noch sagen!)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Das ist leider nicht der Fall. Man sollte das einmal einer juristischen Prüfung - das tun wir auch - unterziehen. Die Werbung mit dem grünen Punkt erfüllt aber auf jeden Fall den Tatbestand des unlauteren, des irreführenden Wettbewerbs. Dagegen sollte man zum Beispiel klagen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ähnlich konservativ sind die Aktivitäten des Umweltministers in Sachen Sonderabfall. Obwohl in Nordrhein-Westfalen rund die Hälfte aller Sonderabfälle der Republik produziert wird, ist ein umfassendes Programm zur Sonderabfallvermeidung in Nordrhein-Westfalen nicht in Sicht.

Bis jetzt liegt uns lediglich das MURL-Rahmenkonzept vor, das sich im wesentlichen auf einer Bedarfsermittlung für zusätzliche Entsorgungskapazitäten, sprich zusätzliche Sonderabfalldeponien und Sonderabfallverbrennungsanlagen, beschränkt. Zweifelhaft ist beim Rahmenkonzept schon die mangelhafte Datengrundlage. Unklar sind überhaupt die betrieblichen Stoff-Ströme.

Hier gilt es, Herr Minister, zunächst einmal die Hausaufgaben vernünftig zu erledigen. Ziel der Sonderabfallpolitik in Nordrhein-Westfalen muß endlich werden, anstatt gegen den Widerstand der Bürger immer neue Entsorgungsanlagen auszuweisen, bei allen Produktionsprozessen, bei denen in irgendeiner Form Giftmüll anfällt, auf den Pfaden Abluft, Abwasser, Abfall und Reststoffverwertung eine größtmögliche Emissionsminderung zu erreichen.

Dazu müssen aber konkrete Umsetzungsstrategien entwickelt werden.

So bedarf es zum Beispiel der Stärkung des Vollzugs des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hinsichtlich der Vermeidung von Produktionsabfällen. Der entsprechende § 5 Abs. 1 Nr. 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und die Reststoffbestimmungsverordnung werden in Nordrhein-Westfalen aufgrund mangelnder Personalausstattung der Gewerbeaufsichtsämter nachweislich so gut wie gar nicht vollzogen. Ich denke, unsere Große Anfrage wird das klarstellen.

Für die Schadlosigkeit von Verwertungstechniken müssen in einer Vorschrift verbindliche Kriterien aufgestellt werden, denn wir alle wissen von ökologisch bedenklichen Verwertungsverfahren.

Der Export von Abfällen und Reststoffen, auch in Nordrhein-Westfalen oft deklariert als Wirtschaftsgüter, muß stärker kontrolliert und muß unterbunden

(C)**(D)**

(A) (Mai [GRÜNE])

werden. Jeden Monat kommen bei mir Fälle auf den Tisch, wie zum Beispiel betreffend den Export der kontaminierten Emscherklärschlämme als Wirtschaftsgut nach Magdeburg.

Aber auch auf der Produktseite kann gehandelt werden. Für Produkte mit hoher und sehr giftiger Abfallrelevanz, die in Nordrhein-Westfalen hergestellt werden, sollen Produktlinienanalysen in Auftrag gegeben werden, um die Datengrundlage für eine ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu gewinnen.

Das jetzt zusammen von der Prognos AG und vom Öko-Institut vorgelegte Gutachten zur Sonderabfallproblematik in Niedersachsen zeigt eine ganze Reihe von Reduktionspotentialen im Sondermüllbereich auf - oft weit über 50 %! Schon hieraus wird ersichtlich, daß auch der nordrhein-westfälische Rahmenplan für Entsorgungsanlagen erneut überarbeitet werden muß und die Bedarfsschätzungen weit überzogen sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

(B) Prognos und Öko-Institut schlagen in diesem Zusammenhang für Niedersachsen vor, daß Planfeststellungen für Entsorgungsanlagen in Zukunft nur noch befristet erteilt werden sollen. Ich denke, das sollte auch für Nordrhein-Westfalen gelten.

Auch die Einführung der Abfallabgabe auf Landesebene wird von den beiden Gutachtern, vom Öko-Institut und von Prognos, als ökonomisch sehr effizientes Instrument zur Vermeidung von Sonderabfall begrüßt, und die Landesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf jetzt schon, oder jetzt noch, in Anlehnung an Baden-Württemberg und Hessen vorgelegt, weil eben der Bund vor 1995 nicht zu Potte kommen wird. Das ist heute schon offensichtlich.

Warum Nordrhein-Westfalen als das Land mit absolut höchster Sonderabfallproduktion hier nicht vorangeht, ist meiner Meinung nach eigentlich nur mit der engen Verbindung zwischen SPD und chemischer Industrie bzw. der IG Chemie und der IG Energie zu erklären; eine sogenannte Aktionseinheit gegen Sondermüllvermeidungsaktivitäten in Nordrhein-Westfalen.

(C)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum zweiten Punkt, zur Klimaschutzpolitik. Dieser Bereich der Umweltpolitik, den im Bund Umweltminister Töpfer vertritt, ist Herrn Matthiesen sozusagen weggenommen und nun dem Wirtschaftsministerium zugeordnet worden, was ja schon ein Signal darstellt, unter welcher Prämisse Klimaschutzpolitik im Kohleland Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Konnten Sie sich dagegen nicht wehren, Herr Matthiesen?)

Ich will mich dieser Regelung jetzt hier nicht anschließen. Denn Minister Matthiesen ist ja nicht nur Mitglied der Töpfer-Kommission zur Vorbereitung der Klimakonferenz in Brasilien, er ist auch Immissionsschutzminister und zuständig zum Beispiel für die Genehmigung von Garzweiler II, der ja inzwischen so etwas wie ein neues Symbol für die Umwelt- und Klimaschutzpolitik der SPD-Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen geworden ist.

Mein Kollege Dr. Busch hat sich dankenswerterweise die Mühe gemacht und einmal die Ausgaben des Landes für rationelle Energienutzung von 1985 bis heute verglichen. Da zeigt es sich, daß trotz der steigenden Anforderungen des Klimaschutzes die Ausgaben von über 180 Millionen DM in 1985 auf noch etwas über 60 Millionen DM in 1992 fast gedrittelt worden sind. Das ist die Realität im Energieland Nordrhein-Westfalen, dem größten CO₂-Produzenten in der Bundesrepublik.

Auch die Förderung des Straßenbaus ist in Nordrhein-Westfalen immer noch doppelt so hoch wie die Förderung des ÖPNV.

Das alles belegt doch, wie sich Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen unter Minister Matthiesen entwickelt bzw. - besser - nicht entwickelt hat. Willy Brandt hat bei der 25-Jahr-Feier am Sonntag hier im Landtag wieder etwas vom blauen Himmel über der Ruhr geredet, den er aus dem Flugzeug heraus jetzt beobachten könne.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Nehmen Sie das nicht wahr? - Zuruf des Abgeordneten)

(D)

(A) (Mai [GRÜNE])

Dr. Vesper [GRÜNE] - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Dioxine kann man nicht sehen!

Verschwiegen wird damit immer die massive Gesundheitsgefährdung durch Stoffe in der Luft, im Boden, im Wasser, in der Nahrung und sogar in der Muttermilch, die wir nicht schmecken, nicht sehen und nicht riechen können, die aber umso gefährlicher sind.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Malen Sie doch kein Horrorgemälde! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Sie müssen doch schon entwöhnt sein!)

Verschwiegen wird die massive Verseuchung unserer Böden beispielsweise mit Dioxinen, von denen die Mehrzahl - das wollen Sie nicht hören - natürlich nicht aus den Kaminen der Müllverbrennungsanlagen kommen, aber jedenfalls aus industriellen Verbrennungsprozessen und dem Autoverkehr.

Diese Erkenntnis führt bei unserem Umwelt- oder besser Industrieminister Matthiesen zur Erkenntnis, daß nicht sein kann - wie auch Sie das hier darstellen - was nicht sein darf. Deshalb ergreift der Minister die Initiative, erklärt die hochgradig verseuchten Kieselrotsporthplätze für harmlos und will den vom Umweltbundesamt und Umweltgesundheitsamt heute noch für richtig erachteten Dioxin-Vorsorgerichtwert von 5 ng für die landwirtschaftliche Nutzung von Böden einfach streichen.

Das ist natürlich die einfachste Lösung des Problems, wenn man erkennt, daß große Teile Nordrhein-Westfalens inzwischen mit mehr als 5 ng belastet sind. - Die Grenzwertanpassung nach Tschernobyl ist uns allen noch in Erinnerung und läßt hier grüßen.

In seiner Regierungserklärung hat unser Ministerpräsident vom Vorsorgeprinzip geredet, das jetzt endlich die nachsorgende Umweltpolitik ablösen bzw. ergänzen müsse. Davon ist weder in der Abfall- noch in der Klima- noch in der Immissionsschutzpolitik auch nur ansatzweise etwas zu sehen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun. Ich glaube, unsere Anträge zeigen in die richtige Richtung. Ich wiederhole noch einmal: In einigen Jahren werden diese Anträge von der SPD aufgegrif-

fen und möglicherweise unter anderen Mehrheitsverhältnissen hier verabschiedet werden. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Mai. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Matthiesen das Wort.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt aber vorsichtig!)

- Herr Vesper, den Zwischenruf brauche ich, wenn Sie gestatten, an der richtigen Stelle; ich gebe Ihnen ein Zeichen.

(Heiterkeit)

Denn Sie haben ja noch eins gut bei mir, wie Sie wissen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nur eins?)

Sie sind doch schon ganz gespannt darauf.

Meine Damen und Herren, im Ernst! Ich habe nun wirklich in diesem Jahr erwartet, weil man ja gemeinhin sagt, daß die Haushaltsdebatte die Stunde der Opposition - oder sollte man vielleicht auch manchmal sagen: die Sternstunde der Opposition? - ist, daß hier wirklich alternative, in sich durchdachte Handlungskonzepte vorgelegt würden. Ich muß sagen - leider, füge ich hinzu -, zu meinem Bedauern und ja auch peinlich für Sie: Fehlanzeige!

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Herr Matthiesen, haben Sie sie nicht kapiert?)

(C)**(B)****(D)**

(A) (Minister Matthiesen)

Ich habe Neues nicht entdeckt, sondern von der CDU kommt die Pflichtübung des letzten Jahres in Wiederholung:

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Fast wörtlich!)

Der Matthiesen macht eine zu intelligente Öffentlichkeitsarbeit, also müssen wir ihm die Mittel streichen. Das ist nun ein alter Hut - auch wenn es Sie ärgert, verehrte gnädige Frau.

Von den GRÜNEN hatte ich nach dem Flop des letzten Jahres, Einnahmen von fiktiv erdachten Abgabensystemen zur Deckung von realen Ausgaben heranzuziehen, nun erwartet, daß insoweit mindestens in einem Jahr gelernt worden wäre, daß das bei aller gebotenen Seriosität im Parlament und bei Haushaltsberatungen wirklich nicht geht.

Aber ich habe mich getäuscht, beides hat wieder stattgefunden.

Im übrigen glaube ich, daß die Landesregierung gerade mit der Durchforstung des Haushalts auch im Umweltbereich - Herr Kuhl hat darauf hingewiesen, wofür ich dankbar bin - in der Tat Handlungsfähigkeit bewiesen hat; denn 1 Milliarde DM aus verschiedenen Investitionsressorts für die nächsten fünf Jahre in Form eines Sonderprogramms zur Verfügung zu stellen für eine Gebietskulisse, die es nach der Kohlekrise dringend nötig hat, ist eine große Leistung,

(Beifall bei der SPD)

im übrigen auch eine solidarische Leistung für eine bedrängte Region. Daß wir dabei den Abfallplafond, den Kreditplafond für Immissionsschutz auf Null geschrieben haben, ist, wie Herr Kollege Pflug gesagt hat, deshalb vertretbar, weil diese Kreditplafonds, meine Damen und Herren, von der Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Und die Wirtschaft ist heute in der Lage, auch im Sinne des Verursacherprinzips, die Kosten für solche Investitionen aufzubringen.

Es ist überhaupt falsch - und das sage ich nicht angesichts einer engen finanziellen Situation, sondern vom Prinzip her; deshalb würde ich mich in dieser Beziehung auch immer schützend vor meinen Kollegen

(C)

Bundesminister Töpfer stellen wollen -, den Etat des Umweltministers in der Größenordnung an anderen Etats zu messen. Nicht der Umweltminister ist der beste, der viel Geld ausgibt, sondern derjenige macht sein Geschäft, der das Verursacherprinzip zur Anwendung bringt. Und das gilt für alle Bereiche.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie machen ja beides nicht, Herr Minister! Was ist denn das für ein Prinzip?)

- Doch, wir machen beides. Schauen Sie, in Nordrhein-Westfalen gibt es - im Unterschied zu anderen Bundesländern - eben kein Förderprogramm mehr für Abfallprojekte. Das müssen die Verursacher bezahlen, entweder die Industrie oder die Gebührenzahler.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Da kann ich ja nur lachen!)

Wir haben kein Investitionsprogramm mehr für Wasserversorgung, sondern das machen die Verursacher, die Industrie, die das Wasser abnimmt, und die privaten Verbraucher. Ich denke, daß die Durchsetzung dieses Prinzips ökologisch vernünftig ist.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nachdem es subventioniert worden ist!)

Es ist auch deshalb ökologisch vernünftig, weil wir aus einem Teil der umgeschichteten Mittel für die Kohlegebiete auch ökologische Ziele verwirklichen wollen, zum Beispiel die Reaktivierung von Brachflächen, wie ich insgesamt das Gefühl habe, Frau Dr. Schraps - aber das gilt für alle oppositionellen Redner -, daß Sie die ökologische Wirklichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen verzerren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mittlerweile fast in jeder Woche Besuch von ausländischen Delegationen. Die kommen nicht, um das "Dreckloch" der Nation zu sehen, sondern die kommen - und darauf sind wir stolz -, weil sich inzwischen weltweit herumgesprochen hat, daß hier der große Versuch unternommen wird, das Land ökonomisch zu modernisieren und ökologisch in einen vernünftigen Zustand zu bringen.

(D)

(A) (Minister Matthiesen)

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen also, um zu sehen, sie kommen, um zu lernen, und sie kommen teilweise auch, um Umwelttechnologie "Made in Nordrhein-Westfalen" zu kaufen.

Ich finde, das kann uns schon auch deshalb ein bißchen stolz machen, weil sich damit real die Lebensumstände verbessern und gleichzeitig eine Imageverbesserung unseres Landes damit verbunden ist.

Schauen Sie, Herr Mai, ich kenne Sie ja in Ihrer manchmal diffizilen Art - aber nun gut -, wenn Sie sagen: Der Matthiesen, der Umweltminister, auch Industrie und so! Sie wissen ja, daß nicht ich der Industrieminister bin, sondern mein Kollege Einert. Aber gegen die Verbindung von Umwelt und Industrie, muß ich Ihnen einmal sagen, habe ich im Gegensatz zu Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokraten sind nämlich zutiefst davon überzeugt, daß es darum geht, eine Industriegesellschaft ökologisch umzubauen; aber es geht nicht darum, sie abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das haben Sie doch bei uns abguckt!)

- Herr Vesper, seien Sie zurückhaltend mit Ihren Zwischenrufen!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie haben mir gerade ein Zeichen gegeben!)

An diesem Punkt ist bei Ihnen - das ist ja ein Teil meines Leids mit Ihnen - ein politisch-inhaltliches Profil sowieso nicht zu erkennen. Da lobe ich mir Ihre Nachbarin. Wenn Sie mir nicht böse sind: Einmal mit Ihnen, wir beide, in ein Herrenbekleidungs-geschäft - wenn Sie wieder herauskommen, sind Sie von einem anständigen Sozi nicht mehr zu unterscheiden, Herr Vesper.

(Beifall bei der SPD und allgemeine Heiterkeit)

(C)

Da lobe ich mir Ihre Kollegin. Sie muß nicht in so ein Geschäft, sie hat Profil, an ihr kann man sich reiben. An Ihnen ist ja nichts mehr dran zum Reiben,

(Heiterkeit)

so brav treten Sie immer auf. Ich habe Mühe, irgend etwas zu erkennen, bei dem ich sagen könnte: Donnerwetter, das ist aber eine Alternative.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dann lassen Sie uns doch tauschen!)

Sie sind so ein Braver, Sie könnten fast bei uns - - Na, ich möchte nicht die Welt verrückt machen.

(Heiterkeit - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Habt ihr nur Brave?)

Vizepräsident Schmidt: Sehr geehrter Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneten Höhn gestatten?

(Minister Matthiesen: Gern, selbstverständlich!)

- Bitte.

(D)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Matthiesen, Sie haben eben von meinem Kollegen Vesper gesagt, er habe kein Profil und würde gut in die SPD passen. Heißt das, daß die SPD kein Profil hat?

(Beifall bei GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Nein, das heißt es nicht. Aber es heißt: Den könnten wir noch verkraften.

(Heiterkeit)

Aber weil ich gerade bei ihm bin und Sie die Abfallkampagne beklagt haben - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

(A) (Minister Matthiesen)

- Herr Oppositionsführer?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das stimmt dann doch, was Herr Blüm gesagt hat!)

- Da kann ich auch Sie gleich ansprechen.

Ich habe es noch im Ohr, als Sie diese Abfallkampagne mehrfach zum Gegenstand der Beratung hier gemacht haben, was Herr Schauerte gesagt hat, was Herr Rohde gesagt hat. Ich will das alles gar nicht vorlesen. Aber Herr Vesper, als er sich hier verstieg

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich denke, ich bin immer so brav!)

- im wahrsten Sinne des Wortes: verstieg! - und sagte, es gehe ausschließlich um indirekte Wahlwerbung für die SPD! Er fügte hinzu, das Schlimme sei, daß es allein um den Machterhalt gehe.

Herr Kollege, in aller Bescheidenheit: Das Verfassungsgerichtsurteil aus Münster ist für Sie eine einzige schallende Ohrfeige.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Für das Gericht ist das eine Ohrfeige!)

(B)

Ich füge hinzu: Für Sie ist das politisch ein Armutszeugnis, da Sie uns damit noch besser in die Lage versetzen, überall zu verbreiten, daß Ihre schlimme Kampagne gegen die Müllvermeidungspolitik der Landesregierung

(Lachen bei den GRÜNEN)

schließlich vom Verfassungsgericht in Münster gestoppt werden mußte.

(Beifall bei der SPD)

Das führt, wie Sie unschwer erkennen können, zu Verzerrungen der Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit über Ihre tatsächliche Rolle.

(Zurufe von der SPD: So ist das!)

(C)

Was die Altlasten anbetrifft, meine Damen und Herren: Wir sind für die Abfallabgabe des Bundes. Herr Pflug hat darauf hingewiesen, daß es deshalb keinen Sinn mache, im Vorwege auf diese kommende Bundesregelung hier große eigene Anstrengungen zu unternehmen. Ich füge hinzu: Eine Doppelbelastung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft mit zwei Abgabesystemen zu einem Tatbestand kann und darf es nicht geben. Die Abgabe des Bundes muß mit den Investitionen verrechenbar sein. Sie darf nicht dazu führen, daß Produktionen des Landes abfallabgabebedingt vertrieben werden. Wir müssen schließlich sehr differenzierte Abgabehöhen haben, damit der Lenkungseffekt wirklich eintritt, nicht aber ein neuer Verdrängungswettbewerb der Wirtschaft auch durch ausländische Konkurrenten. Auch insoweit denke ich schon wieder - Sie werden es mir verzeihen, Herr Mai - industriepolitisch. Aber ich kann nicht anders; ich bin eben ein Sozialdemokrat, der von Arbeit und Umwelt als Konzept nach wie vor eine Menge hält.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie gesagt, Sie seien mit Ihren Abgaben, die Sie jetzt, gesetzlich nicht abgesichert, fiktiv erfunden haben und mit denen Sie entsprechende Ausgaben tätigen, auf der Höhe der Zeit. Damit können Sie vielleicht bei der einen oder anderen Versammlung bei Ihnen Furore machen, weil die Jungen und Mädchen dort das nicht durchschauen. Aber einer seriösen politischen Diskussion halten Sie damit nicht stand.

(D)

Nun zur thermischen Behandlung! Sie haben gesagt, ich wolle das festschreiben; wir werden am Freitag ja darüber reden. Sie wissen, daß die SPD-Mehrheitsfraktion und die Landesregierung im Gegensatz zur Opposition - auch im Gegensatz zu den GRÜNEN - die thermische Behandlung im Abfallgesetz als einzige Technologie nicht zwingend festschreibt - und dies aus guten Gründen,

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nach Ihrer Formulierung fällt Verbrennung unter Verwertung!)

weil wir nämlich der Überzeugung sind, daß es in den nächsten Jahren technologische Möglichkeiten geben kann, von denen wir heute keine Ahnung haben. Es

(A) (Minister Matthiesen)

wäre sträflich, eine Technologie durch Gesetz festzuschreiben zu wollen. Richtig aber bleibt, daß bei Anwendung des Standes der Technik und ausgehend von der These, daß es ökologisch nur noch verantwortbar ist, inertisiertes und mineralisiertes Material auf Deponien zu verbringen, die thermische Behandlung in der Tat einen hohen Stellenwert hat und in den Abfallwirtschaftskonzepten der Kommunen Aufnahme finden muß.

Herr Mai, seien Sie vorsichtig, wenn Sie im Zusammenhang mit der Abfallpolitik andere Bundesländer nennen. Ich weiß nicht, ob Sie neulich die Fernseh-sendung im ZDF über den Hausmüllexport des von Ihnen jetzt so verehrten Herrn Kollegen Gauweiler mitbekommen haben, der jeden Tag allein von Regensburg hundert Lastautos nach Schönberg in Mecklenburg-Vorpommern schickt. Wissen Sie, was der Kollege Fischer in Hessen an Export nach außerhalb des Landes, auch nach außerhalb der Bundesrepublik Deutschland betreibt? Wissen Sie, wie die Verhältnisse in Niedersachsen sind?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Und der Export von NRW? - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Hier auch!)

(B) - Nein, verehrter Herr Kuhl, Hausmüll haben wir nie in die ehemalige DDR und auch nicht in die neuen Bundesländer verbracht. Ich leugne nicht den einen oder anderen Versorgungsengpaß, ich habe nur etwas dagegen, wenn man die an sich gute Situation in Nordrhein-Westfalen in einem Vergleich mit den anderen Bundesländern niedermacht und Exportländer wie Niedersachsen, Bayern oder Hessen seit Jahren in den Himmel lobt.

(Beifall bei der SPD)

In Niedersachsen ist es so - das stand neulich in einer Zeitung; ich fand das sehr nett, und ich muß es Ihnen vortragen -: Die GRÜNEN-Vertreter in der niedersächsischen Landesregierung haben ja dem Bau von Hochtemperaturverbrennungsanlagen ausdrücklich zugestimmt. Dann gab es eine Mitgliederversammlung oder einen Landesparteitag der GRÜNEN, der nein dazu gesagt hat.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das machen die öfter!)

Dazu schrieb eine Zeitung:

Bisher war das Markenzeichen der GRÜNEN in Niedersachsen in der Abfallwirtschaftspolitik "Vermeiden, Verwerten, Vernichten". Ab sofort gibt es einen neuen Dreiklang, der lautet: "Vermeiden, Verwerten, Vergessen".

Das ist der Unterschied. Den können Sie sich mit 5 %, die Sie gerade erreicht haben, leisten. Wir als Mehrheit leisten uns diese unseriöse Politik nicht.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Stichworte nennen, von denen ich glaube, daß sie uns parteiübergreifend in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Das ist zum einen das Thema des Verkehrs und der vom Verkehr ausgehenden Umweltbelastungen, übrigens auch sehr klimarelevanten Belastungen. Ich kann nur alle Kommunen vorsorglich dazu auffordern - nachdem wir gedrängt haben, daß die Bundesverordnung kommt, und die Bundesregierung gesagt hat, daß sie kommt -, sich auf die Situation dieser Bundesverordnung einzustellen, weil sich dann bei Überschreiten von Grenzwerten ein Automatismus des Handelns im Sinne von Verkehrslenkung und Verkehrsbeschränkung bis hin auch zur Sperrung einzelner Straßenschluchten für die Kommunen ergibt. Ich finde, wir sind gut beraten, diese Problematik nicht herunterzuspielen, sondern uns rechtzeitig auf sie einzustellen.

Das zweite Stichwort, das ich nennen will, ist die Dauer der Genehmigungsverfahren. Das liegt nicht an mangelndem Vollzug und Verwaltungsabläufen - sicherlich kann man auch bei uns in Nordrhein-Westfalen an der einen oder anderen Stelle etwas verbessern, obwohl wir bereits einen ganzen Katalog abgearbeitet haben -, sondern mittlerweile entsteht ein ernsthaftes Problem, auch im Sinne der Verzerrung des internationalen Wettbewerbs.

(C)

(D)

(A) (Minister Matthiesen)

In Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in Hessen, in Niedersachsen ist es überall gleich: für eine Anlage X acht Jahre bis zur Genehmigung, in den Niederlanden 18 Monate, in Belgien 16 Monate, in Frankreich ist Schluß mit der 1. Instanz. Mittlerweile behindern wir durch die Dauer dieser Genehmigungsverfahren die schnelle Realisierung nicht nur von notwendigen Strukturveränderungen und Umstrukturierungsprozessen, sondern auch das Entstehen ökologischer Infrastruktur.

Deshalb ist es aus ökologischen und aus wirtschaftspolitischen und aus Wettbewerbsgründen nicht länger hinnehmbar, daß wir uns den Ballast, vor allen Dingen bedingt durch Bundesgesetze, in den Genehmigungsverfahren leisten. Herr Töpfer ist mit uns allen aus den Ländern mittlerweile der Meinung, daß wir das ändern müssen. Ich bin sehr froh, daß auf Initiative von Nordrhein-Westfalen eine Staatssekretärkonferenz tagt mit der Zielrichtung, die bestehenden Bundesgesetze zu durchforsten. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen.

(B) Vizepräsident Schmidt: Herr Matthiesen, erstens geht Ihre Redezeit stark dem Ende zu. Zweitens hat sich Kollege Linssen noch gemeldet. Wollen Sie ihm die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben?

(Minister Matthiesen: Aber, Herr Kollege, mit dem größten Vergnügen.)

- Bitte schön, Herr Linssen.

(Minister Matthiesen: Herr Linssen!)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Matthiesen, da Sie die langen Genehmigungszeiten - acht Jahre Niedersachsen - gerade erwähnt haben, würden Sie mir zustimmen, daß es vielleicht gut gewesen wäre, wenn Sie 1985 dem Angebot der Opposition Folge geleistet hätten, einen Landesentwicklungsplan für diese Vorhaben aufzustellen und wir heute entscheidend weiter wären, während wir im Grunde genommen jetzt eine Neuauflage dessen haben, was wir 1985 hier schon besprochen haben?

(C)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Linssen! Ich weiß ja, daß Sie gerne recht haben wollen, vor allem nachträglich. Aber ich kann Ihnen nicht den Gefallen tun, weil beide Sachverhalte überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Es gibt Länder, die haben so etwas. Da dauern die Verfahren genauso lange. Sie richten sich nämlich nicht nach irgendwelchen Plänen, sondern ausschließlich nach dem gültigen Abfallgesetz des Bundes und nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Nehmen Sie es bitte ganz ernst, was ich sage, es ist mir nämlich sehr ernst. Mittlerweile sind diese Gesetze mehr verhindernd als befördernd. Ich will Ihnen das an einem Beispiel aufzeigen. Wir haben das Entsorgungszentrum in Duisburg auch politisch über die Runden. Es hat viel Kraft und Mühe gekostet. Die Investoren sind bereit. Wir brauchen es dringend.

Jetzt stellen Sie die Antragsunterlagen zusammen, Herr Kollege Linssen: ein Lastwagen voll. Es gibt keine Behörde, die heute nicht mit der Vielfalt der Bestimmungen und der Unterlagen restlos überfordert ist. Viele Dinge sind beim besten Willen nicht mehr administrierbar. Das ist eine Klage aller Bundesländer.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Was ist denn Ihre Alternative?)

Das ist parteiübergreifend. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns dem Thema, der Dauer der Genehmigungsverfahren, zuwenden würden.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, Sie haben mich gemahnt. Letzter Satz: Bei aller Bereitschaft, alternative Konzeptionen der Opposition zu erkennen - ich habe sie nicht erkannt. Das zeigt mir, daß die Politik der Landesregierung so falsch nicht sein kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie brauchen eine neue Brille, Herr Matthiesen!)

(D)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Matthiesen.

Meine Damen und Herren! Der Komplex Umwelt, Raumordnung ist damit abgeschlossen. Wir leiten über zum Komplex Landwirtschaft. In diesem Bereich darf ich zunächst der Frau Abgeordneten Keller für die CDU-Fraktion das Wort erteilen, bitte schön!

Abgeordnete Keller (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter gnädiger Herr Minister! Überall im Land brennt es, und Sie stellen sich hierhin und tun so, als wären wir, die Leute in der Opposition, alles nur Deppen. Ich denke, das ist wirklich infam.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie mir, Ihre Arroganz kommt im breiten Land nicht an.

Ich denke, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die Zukunft unserer Landwirtschaft alles andere als rosig ist. Das liegt aber, wie Sie wissen, nicht an der Unfähigkeit unserer Landwirte, sondern im Gegenteil an ihrer Tüchtigkeit, ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, alle produktionstechnischen und gesetzlichen Möglichkeiten zur Produktionssteigerung ihrer Erzeugnisse zu nutzen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Der landwirtschaftliche Berufsstand hat natürlich genauso einen Anspruch auf Schutz wie die Stahlarbeiter und die Kumpel an der Ruhr, und zwar im Rahmen internationaler Abkommen und Zwänge, die uns allen bekannt sind.

Das Scheitern der GATT-Verhandlungen vor einem Jahr hat deutlich gemacht, daß sich der Rest der Welt nicht mehr mit dem abgeschotteten und geschützten Agrarraum der EG abfinden will. Die EG-Kommission hat ebenso deutlich gemacht, daß eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik längst überfällig ist. Das sind die beiden Eckdaten, mit denen wir und unsere Landwirte in Zukunft leben müssen.

(C)

Wir werden eine breitere Reduzierung unserer landwirtschaftlichen Betriebe und auch eine Reduzierung der Produkte natürlich in Kauf nehmen müssen, Aber, wir können und wollen natürlich auf unsere Landwirte hier in Nordrhein-Westfalen nicht verzichten und müssen alles tun, um denen, die im Wettbewerb stehen, Existenz und ausreichendes Einkommen zu garantieren. Das werden natürlich nicht alle sein.

In einem Jahr haben wir den europäischen Binnenmarkt ohne Grenzen. Die Regionen in Europa formieren sich seit geraumer Zeit. Die Bundesrepublik ist mit ihrem föderalistischen System ein Modell für dieses künftige Europa. Die Bundesländer sind ein leuchtendes Beispiel, und Nordrhein-Westfalen liegt mitten in Europa und spielt in der Diskussion um die europäische Regionalpolitik bereits heute eine sehr wichtige Rolle. Ich erzähle hier nichts Neues.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Wer ist denn eigentlich Bundesagrarminister?)

- Bitte. Jetzt warten Sie doch erst einmal ab.

Subsidiarität ist das Zauberwort. "Für die Zentralregierungen nur so viel Kompetenzen wie nötig und für die Regionen, sprich Bundesländer, soviel wie möglich." - Originalton auch Ihres eigenen Ministerpräsidenten.

(D)

Man kann deshalb, Herr Minister, nicht immer nur auf seine eigene Eigenständigkeit pochen, wenn es gerade opportun ist, und nach der Verantwortung einer Zentralregierung rufen, wenn es einem gerade in den politischen Kram paßt; und das tun Sie.

(Beifall bei der CDU)

Wir in Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland und eine der größten Regionen Europas müßten doch eigentlich stolz darauf sein, nicht immer nach anderen Schuldigen zu suchen, sondern wir müßten Signale setzen und Wegweiser aufstellen auch für unsere eigene Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Keller [CDU])

Diese Landesregierung Nordrhein-Westfalen gibt sich doch sonst so europäisch und innovativ. Warum passiert denn gar nichts Innovatives in der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftspolitik?

(Beifall bei der CDU)

Es gab in Nordrhein-Westfalen einmal eine Zeit, als das für Landwirtschaft zuständige Ministerium auch so hieß. Heute ist die Landwirtschaft hier eine Unterabteilung des Umweltschutzministeriums.

(Beifall bei der CDU)

In einem Zwischenruf, Herr Minister, in der Debatte im März dieses Jahres, als mein Kollege Uhlenberg Klarheit von Ihnen verlangte, sagten Sie einfach: "Das reicht auch!" Ich denke, aus Ihrer Sicht stimmt das vielleicht. Mit der Agrarpolitik ist aus landespolitischer Sicht natürlich wenig Staat zu machen. Sie haben das genau erkannt und handeln auch danach, Herr Minister. Umweltpolitik ist in, weil sie unbestritten und populär ist, und Landwirtschaftspolitik ist out, weil sie umstritten und wenig populär ist.

(B)

Landwirtschaftspolitik ist nach wie vor in der öffentlichen Diskussion negativ besetzt, und zwar aus den erwähnten Gründen: Überschüsse, Subventionen, immer neue finanzielle Forderungen.

In der Vergangenheit kam noch ein weiteres hinzu: Die Landwirte haben sich zu spät in die Umweltdebatte eingeschaltet. Das hat sich in der Zwischenzeit allerdings geändert. Die Landwirte akzeptieren die neue Rolle, die ihnen zugedacht ist. Sie sind nicht mehr nur Produzenten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch Natur- und Landschaftschützer. Keiner kann es besser sein als sie, denn ihnen gehört ein großer Teil der Natur und der Landschaft, und sie haben das ganz natürliche Know-how, um diese Aufgaben im Interesse aller zu lösen und zu bewältigen.

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Schön wär's!)

Der Erhalt unserer heimischen Landwirtschaft und die Existenzgarantie für unsere Landwirte stehen deshalb nach Überzeugung der CDU Nordrhein-Westfalens

(C)

nicht im Widerspruch zueinander. Im Gegenteil: Beide Zielsetzungen sind eng miteinander verbunden. Die CDU ist fest davon überzeugt, daß die Zukunft eines großen Teils unserer Landwirtschaft im Schutz der Umwelt liegt. Sie fordert allerdings auch, daß die Politik die Landwirtschaft bei dieser Aufgabe unterstützt, die ja der Allgemeinheit zugute kommt.

Die CDU weiß natürlich auch, daß beide Zielsetzungen finanzierbar sein müssen. Dabei kann man sich getrost auf die Faustformel verlassen, daß es erheblich billiger ist, Prämien für Flächenstilllegungen und Landschaftspflege zu zahlen, als Überschüsse zu produzieren, zu lagern und zu subventionieren.

Es gibt viele Möglichkeiten, den Landwirten zu helfen. So kann auch jedes einzelne Bundesland eine Politik für die Landwirte und für die Umwelt gestalten. Es braucht dazu vor allem zweierlei: zum einen ein politisches Konzept und zum anderen den Willen, dies auch durchzusetzen. Der SPD-Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen - so stelle ich fest, Herr Minister - fehlt es an beidem,

(Beifall bei der CDU)

wie der vorliegende Haushaltsentwurf ganz deutlich beweist. Es genügt nicht, Herr Minister Matthiesen, wenn Sie sich als Umwelt- und Landwirtschaftsminister seit Jahren nur darin üben, den Schwarzen Peter mal den EG-Bürokraten in Brüssel und mal der Bundesregierung in Bonn zuzuschieben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Bei allem Verständnis für Ihre gemütliche Regierungsmehrheit, in die Sie sich seit längerer Zeit zurücklehnen: Gelangt es eigentlich noch in Ihre sensiblen Zonen,

(Zuruf von der CDU: Nein! - Heiterkeit)

daß nicht Landwirtschaftsminister Kiechle in Bonn oder EG-Kommissar Olsherry in Brüssel oder die Vereinigten Staaten im GATT für die drohende Misere unserer Landwirtschaft verantwortlich sind?

(Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

(A) (Keller [CDU])

Sie müßten es doch eigentlich besser wissen. Sie kennen doch die internationalen Vereinbarungen, die auf dem Grundsatz weltweiter Arbeitsteilung beruhen. Als verantwortlicher Minister für das Teilressort Landwirtschaft werfe ich Ihnen fortschreitende Phantasielosigkeit vor. Sie tun nämlich nichts.

(Beifall bei der CDU)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung muß in der Agrar- und Umweltpolitik Farbe bekennen. Die Bauern, vor allem die jungen Landwirte, die entschlossen sind, ihren Betrieb weiterzuführen, brauchen dringend Signale. Ich könnte Ihnen vorwerfen, daß Sie opportunistisch sind, was ja kein rügenswerter Vorwurf wäre: Warum sollten Sie eigentlich etwas für Menschen tun, die sie sowieso nicht wählen?

(Minister Kniola: Die wählen uns zunehmend!)

Ich werde Sie aber mit Sicherheit nicht infam nennen

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Was glauben Sie wohl, woher wir unsere Mehrheit haben?)

für das, was Sie in der Agrarpolitik von Nordrhein-Westfalen nicht tun. Denn das wäre möglicherweise rügenswert.

(B)

Der Haushaltsplan 1992 hätte ein Signal für Ihre Bereitschaft geben können, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das ist aber nicht der Fall. Der diesjährige Haushalt entspricht voll und ganz dem Bild, das die SPD auch ansonsten in Nordrhein-Westfalen nicht müde wird zu zeichnen. Landwirtschaftspolitik wird in Reden und Pressekonferenzen groß, in Wirklichkeit aber klein geschrieben.

Im Gesamtetat des Landes muß gespart werden. Das wissen wir mittlerweile zur Genüge. Aber wir sagen Ihnen: Sie sparen einfach am falschen Ende. Vergleichen Sie doch nur einmal: In welchem Verhältnis steht das SPD-Projekt "Ökologisches Dorf", an dem zwei Dörfer teilnehmen können und das über 5 Millionen DM kosten soll, zu der Verbesserung von Abwassermaßnahmen, wie die CDU sie gefordert hat? Hier hätte man sinnvoll ökologische Zeichen setzen können. Bessere Abwasseraufbereitung ist flächen-

deckender Umweltschutz. Das, meine Damen und Herren, ist der CDU-Fraktion etliches wert.

(Beifall bei der CDU)

Am richtigen Ende sparen - das muß die Devise sein. Wenn wir uns nur die Ausgaben für Ihre EDV-Anlagen ansehen - warum denken Sie nicht einfach einmal über Leasing nach? Denn bei der unendlichen Vielfalt der Technik hätten Sie dann immer die beste Informatiktechnologie für unser Land und für unsere Menschen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Meinen Sie, Leasing wäre billiger?)

- Ja, das können Sie sich einmal durchrechnen lassen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit. Wer sich an Ihre geschickte getarnte Kampagne zur Abfallvermeidung erinnert, der weiß, wie schnell man in Versuchung kommen kann, wenn man gefüllte Geldtöpfe hat. Auch diese Mittel wollten wir auf eine Million begrenzen.

Wegen der miserablen Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen muß auch bei Ausstellungen und Kongressen gespart werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Böckelmann [CDU])

Nach dem Motto "Weniger ist mehr" könnte man ja einmal versuchen, auf der Grünen Woche, bei regionalen Naturschutztagen oder Kongressen neue Akzente für die Landesagrarpolitik zu setzen. Das geht unserer Meinung nach auch mit weniger Geld; allerdings ist mehr Kreativität notwendig.

Am richtigen Ende sparen, das heißt auch sparen zur richtigen Zeit. Also lieber jetzt Abstriche an Einzelprojekten machen, als wichtige Gesamtkonzepte zu gefährden. Auch hier ein Beispiel: Untersuchungen und Gutachten zum Thema "Umweltschutz erlernen in Vereinen" - wir haben extra nachgefragt; da sei einmal für einen Verein etwas in den Topf gekommen - könnten warten und sollten unserer Meinung nach ausgesetzt werden.

(C)**(D)**

(A) (Keller [CDU])

Daß während der laufenden Haushaltsberatung eine Sparkommission eingesetzt wurde, fanden wir einfach eine Frechheit.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie hat laut Einzelplan 10 41 Millionen DM vorgeschlagen. Das sind ca. 2 % des landwirtschaftlichen Etats. Wie kommt es aber, frage ich mich, daß Sie ausgerechnet bei der Dorferneuerung 5 Millionen DM einsparen?

Wir hatten im Frühjahr sehr starke Fröste, weshalb viele Obstbauern in diesem Jahr keine guten Ernteergebnisse verzeichnen können. Wir alle spüren das, wenn wir einkaufen: Die Äpfel sind mittlerweile sehr teuer geworden. Wir hätten erwartet, daß Sie für diese Obstbauern einen eigenen Titel einsetzen und dadurch ein Signal für eine Verbesserung geben, wie das ja in anderen Bundesländern schon passiert ist. Zum Beispiel könnten einmal Klimaveränderungen überprüft werden und dann ein eigener Titel für Begrünungsanlagen geschaffen werden.

An Sachverstand fehlt es unserer Meinung nach bei dem Programm zur Förderung der Marktstruktur hinsichtlich der nachwachsenden Rohstoffe. Wieso beschränkt man die Förderung so einseitig auf den Flachsanbau, wo es doch auch interessante Alternativen gibt?

(Zuruf von der CDU: Denen fällt nichts mehr ein!)

Sehr kritisch sehen wir die von Ihnen vorgesehene Aufgabe des Landesamtes für Agrarordnung in Münster. Auch das wäre ein breites Thema, das heute ausdiskutieren nicht mehr möglich ist.

Es ist halt das Los der Opposition, daß man hier nur als Depp eingestuft wird,

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Selber schuld!)

aber das Schauspiel, das sich hier in Düsseldorf Jahr für Jahr bietet, gerät allmählich schon zur Farce.

Nehmen wir einmal den Antrag der CDU zum Landeswassergesetz. Anfang des Jahres wurde dieser

(C)

Antrag bereits eingebracht. Er wurde natürlich von der Landesregierung abgeschmettert. Jetzt, nach einem Jahr, sind die SPD-Dezernenten mit dem Studium unseres Antrages wohl fertig. Sie haben offensichtlich festgestellt, daß er doch nicht so schlecht ist, und er kann jetzt, wenn wir wollen, als gemeinsamer Antrag verabschiedet werden.

Herr Minister, Sie haben zu Beginn der Beratung Ihres Haushalts ein sehr düsteres Bild von der deutschen Landwirtschaft gezeichnet. Sie haben recht: Die Zukunft ist nicht rosig. Aber worauf warten Sie eigentlich? Es hilft wenig, den Kopf in den Sand zu stecken und darauf zu hoffen, daß sich die Landwirte selbst helfen. Sie können es nicht allein.

Hilfe zur Selbsthilfe in einer schwierigen Zeit - das, denke ich, ist das mindeste, was auch dieser Teil der Bevölkerung von Ihnen verlangen kann. Eine aktive Landwirtschaftspolitik, die sich auf die beiden Pfeiler Existenzsicherung und Landschaftspflege stützt und eine Zukunftsperspektive für Nordrhein-Westfalen in Europa hat - für eine solche Politik hätten Sie auch in Zukunft unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Matthesen)

(D)

- Sie brauchen nicht unbedingt gleich "gnädige" Frau zu mir zu sagen. So "gnädig" bin ich gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin! - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Steinkühler das Wort.

Abgeordneter Steinkühler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Keller - ich sage nicht "gnädige Frau".

(Abgeordnete Keller [CDU]: Sehr schön!)

Der Arbeitskreis der SPD-Fraktion pflegt regelmäßig Gespräche mit Verbandsvertretern zu führen. Am 18. Januar 1991 gab es mit dem Rheinischen Provinzialverband eines dieser regelmäßigen Gespräche.

(A) (Steinkühler [SPD])

Gegenstand war zum Beispiel die Förderung von Beregnungsanlagen eben für die rheinischen Obst- und Gemüsebauern, insbesondere für die Obstbauern. Wir haben uns das angehört, und unser Arbeitskreisvorsitzender hat dann im Juli, sicherlich nach langer Zeit, dem Vorsitzenden, Herrn Fleischer, einen Brief geschrieben. Daraus darf ich mit Genehmigung der Frau Präsidentin zitieren. Es heißt:

Ein Thema dieses Gesprächs

- er verweist auf den Gesprächstermin -

waren unter anderem Forstschutzberegnungsanlagen für Obstfelder. Sie baten den Arbeitskreis um Unterstützung, Fördermittel des Landes zur Installation von derartigen Beregnungsanlagen zu erlangen.

Der Arbeitskreis hat in seiner Sitzung am 6. März 1991 über Ihr Anliegen beraten und daraufhin das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gebeten, die Förderrichtlinien um eine Regelung der Bezuschussung von Beregnungsanlagen im Obstbau zu ergänzen.

(B)

Als Ergebnis unserer Bemühungen freue ich mich, Ihnen nunmehr einen Bericht über die Förderungsmöglichkeiten für Frostschutzberegnungsanlagen im nordrhein-westfälischen Obstbau als Anlage übersenden zu können.

Das heißt: Das Thema ist erledigt, Frau Kollegin.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: So ist es!)

Damit sind wir also fertig.

Mit dem, was Sie, Frau Keller, zu Beginn Ihrer Ausführungen sagten, haben Sie ein bißchen die Diskussion für Freitag vorweggenommen. Was Sie anschließend über die Landwirte gesagt haben, daß man sie nicht verteufeln solle und daß das sehr gute Umwelt- und Naturschützer seien, hätte auch der Minister sagen können. Das verkündet er nämlich immer. Wir waren also gar nicht so weit auseinander.

Nun zum Haushalt, meine Damen und Herren. Es ist mehrfach betont worden, daß die Zeiten knappen

(C)

Geldes angebrochen sind. In solchen Zeiten ist nun einmal der Erhalt des Erreichten häufig das Maximum des Erreichbaren.

Genau so sind wir im Arbeitskreis und in den Ausschußberatungen verfahren. Der SPD-Arbeitskreis hat lediglich einen einzigen Änderungsantrag eingebracht, nämlich daß wir, ohne das Haushaltsvolumen auszuweiten, 80 000 DM umgeschichtet haben, um den Landesverbänden der Kleingärtner zu ermöglichen, ihre Schulungsarbeit zu intensivieren, und zwar Schulungsarbeit für ihre ehrenamtlichen Berater, die ja wiederum die einzelnen Kleingärtner im Interesse von mehr Umweltschutz, im Interesse von weniger Einsatz von Düngemitteln und weniger Gebrauch der Giftspritze beraten. Das war uns wichtig, weil nämlich gerade Kleingärtner häufig so ein bißchen ins Schußfeld geraten. Das ist vielleicht auch in dem einen oder anderen Fall durchaus berechtigt, weil es ja schwarze Schafe - übrigens bei den Landwirten wie auch in allen anderen Berufen - immer wieder gibt.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Steinkühler, darf ich fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Steinkühler (SPD): Ich möchte das gern zu Ende führen, Herr Uhlenberg; ich bitte um Entschuldigung.

(D)

Im übrigen habe ich aufgrund Ihrer eben gemachten Ausführungen vermißt, Frau Kollegin Keller, daß Sie im Ausschuß entsprechende Anträge eingebracht hätten. Sie haben zwei erwähnt: Das eine war die Beregnungsanlage. Dazu habe ich gesagt, daß das erledigt ist. Das zweite war die Frage der nachwachsenden Rohstoffe. Dazu haben wir hier einiges ausgeführt. Das haben wir hier lange in einem gesonderten Tagesordnungspunkt diskutiert. Darüber werden wir auch weiterhin noch sprechen müssen. Davon bin ich überzeugt. Aber daß wir dafür nun 2 Millionen einsetzen müssen, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis.

Was die Kürzungsvorschläge angeht, so sind sie hier mehrfach erwähnt worden. Seit Jahren ist es immer wieder dasselbe: die Öffentlichkeitsarbeit des Ministers, dann hier noch ein bißchen weg, da noch ein

(A) (Steinkühler [SPD])

bißchen weg. Dann natürlich auch der Verkauf von Grundstücken, der 5 Millionen DM bringen sollte. Wenn ich die Anträge der letzten Jahre addiere, dürften wir kaum noch über einen Quadratmeter Grund und Boden in Landesbesitz verfügen, weil Herr Schauerter immer den Wald verkauft hat, und hier soll jetzt Grund und Boden verkauft werden. Dann soll die WestLB weg und dann die Wohnungsbauförderungsanstalt. Alles wird hier auf den Markt geworfen; aber in jedem Jahr dient es wieder zur Deckung des Haushalts.

Nächster Punkt, zu den GRÜNEN! Auch das ist hier schon mehrfach betont worden. Ich habe das einmal addiert, Herr Vesper. Im Bereich Landwirtschaft wollen Sie, glaube ich, 215 Millionen DM einnehmen, die Sie gar nicht haben: über eine Abgabe, von der Stickstoffabgabe über die Stickstoffverkaufsabgabe bis hin zur Besteuerung der Massentierhaltung. Das waren wohl im wesentlichen die Einnahmen. Die Ausgaben haben Sie kräftig erhöht; aber, wie gesagt, die Einnahmen haben Sie nicht, und dann erfinden Sie eine Abgabe.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wie: "die erfinden Sie"?)

(B) - Aber wir haben sie doch nicht, Herr Vesper! Und mit der Einführung wollen Sie doch den Einsatz von Stickstoff mindern, das heißt, die Einnahmen gehen dann auch wieder zurück, wenn denn Ihr Rezept einigermaßen schlüssig ist.

Die F.D.P. - Herr Kuhl hat es betont - hat gar keine Anträge eingebracht. Er hat auch gesagt, warum nicht; Sie haben gesagt: Die schmieren uns sowieso ab. Ich habe gedacht, Sie wären nicht dazu gekommen, weil Sie sich mit diesem roten Lappen so lange beschäftigt haben, den Sie am Sonntag zum Schuheputzen verteilt haben. Es hätte ja auch sein können, daß Sie das so beschäftigt hat.

Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, daß trotz der Enge dieses Haushaltsplans mit einem Volumen von 2,1 Milliarden DM Barmitteln und einer halben Milliarde DM Verpflichtungsermächtigungen durchaus auch Landwirtschaftspolitik gemacht werden kann, auch in den Feldern, die Frau Keller hier eingeklagt hat - das wird ja auch getan, wenn Sie

(C)

richtig hineinschauen -, daß auch Naturschutzpolitik und Verbraucherpolitik gemacht werden können. Als Lipper freue ich mich sehr darüber, daß bei uns in Detmold das Staatliche Veterinäruntersuchungsamt einen Neubau erhält, der die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentlich verbessert. Das ist wiederum ganz im Interesse des Schutzes der Verbraucher in unserem Lande.

Wie gesagt: Wir können mit diesem Haushalt leben. Wir sind sehr damit einverstanden. Wir finden unsere Positionen dort auch wieder. Ein bißchen mehr Geld hätten wir uns natürlich gewünscht, dann hätten wir auch noch ein bißchen mehr verändern können; aber es war nicht machbar. Von daher werden wir entsprechend der Beschlußempfehlung der Ausschüsse zustimmen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist ja sehr überraschend!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): (D) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft befindet sich zum momentanen Zeitpunkt in einer sehr schwierigen und undurchsichtigen Lage. Dies ist nicht nur daran zu erkennen, daß die Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft stark zurückgegangen ist, sondern auch die Einkommen sind es. Diese Unsicherheit der deutschen Landwirte ist durch die andauernden GATT-Verhandlungen begründet, in denen die EG versucht, ihre Interessen gegenüber anderen Staaten - und hier insbesondere den Vereinigten Staaten - geschlossen zu vertreten.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Und was ist mit Möllemann?)

- Was hat der mit der Landwirtschaft zu tun? Der kriegt sein Fett schon noch. Da warten Sie mal die Zeit ab! Aber der steht ja hier nicht im Haushalt, Frau Garbe.

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Aber er irritiert die Bauern!)

- Dann halten Sie ihn aber hier bitte heraus. "Bleiben Sie sachlich", haben Sie vorhin auch gesagt.

Die deutschen Landwirte sind aber auch beunruhigt über die EG-Differenzen, die in Brüssel ausgetragen werden.

Hinzu kommen für die Landwirtschaft Umweltauflagen von Bund und Land, die in irgendeiner Weise ausgeglichen werden müssen. Das heißt, daß in den nächsten Jahren durch eine weltweite und EG-weite Agrarpolitik und durch erhöhte Umweltauflagen ein erheblicher Finanzbedarf für die Landwirtschaft besteht. Dies können aber nur direkte Hilfen für die Landwirte sein und nicht Subventionen für Überproduktionen und Lagerhaltungen.

Wie auch beim Umwelthaushalt bin ich der Meinung, daß hier strenge Prioritäten gesetzt werden müssen, indem man sich auf die wichtigsten Bereiche beschränkt. Ich brauche heute nicht mehr darauf hinzuweisen, wie hoch die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen ist und wohin dieser Weg noch führen wird.

(B)

Änderungsanträge wie in den Vorjahren habe ich mir aufgrund der ewigen Abschmetterung durch die Mehrheitsfraktion erspart.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das machen Sie doch schon seit Jahren nicht mehr. Hören Sie doch auf!)

- Sie sind doch überhaupt noch nicht im Agrarausschuß gewesen.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Doch, da haben Sie gefehlt!)

Das wissen Sie gar nicht. Voriges Jahr habe ich noch Anträge gebracht. Also, Frau Garbe, Sie sind heute abend sehr rührig; nur: Das, was Sie sagen, stimmt nicht.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Doch, das ist richtig!)

(C)

Sparmaßnahmen, auch im Zuge der Solidarität mit den neuen Ostländern, hätte ich mir gewünscht, zum Beispiel bei den Landwirtschaftskammern, die immer weniger Betriebe zu betreuen haben, oder beim Waldwegebau sowie bei besonderen Leistungen, die auch vorläufig zurückgestellt werden könnten.

Wenn ich sage, die Gelder müssen sinnvoll eingesetzt werden, dann kann ich mich nicht mit Kleinigkeiten befassen, die zwar für die Publicity gut sind, die aber uns in der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft keinen Schritt weiterbringen. Ich habe allerdings auch kein Verständnis, wenn man bei der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung jedes Jahr sparen will. Auch hier ist Unterhaltung Renaturierung, Herr Minister.

Andererseits werden von unserem Landwirtschaftsminister Landwirte, die artgerechte Tierhaltung betreiben, mit einer Prämie versehen. Die ersten Landwirte sind, wie ich gelesen habe, bereits ausgezeichnet worden. Das bedeutet: Ob ich artgerechte Tierhaltung betriebe oder nicht - Strafe bekomme ich keine. Es versteht sich doch von selbst, daß ein Landwirt sich um seine Tiere kümmert. Ich bin sicher, daß das die meisten auch tun. Aber die schwarzen Schafe, die das nicht tun, müßten bestraft werden. Hier muß man doch den umgekehrten Weg gehen. Aber was wird in Nordrhein-Westfalen getan? Es wird lieber Geld durch Belohnung ausgegeben als durch Bestrafung eingenommen. Die Finanzschere wird also dadurch weiter auseinanderklaffen.

(D)

Auch in der beabsichtigten Zusammenlegung von LÖLF und Landesamt für Agrarordnung kann ich keine Sparmaßnahme erkennen. Bei den Ämtern für Agrarordnung ist mir aufgefallen, daß die Zahl der Auszubildenden dort immer geringer wird. Warum?

Was den nordrhein-westfälischen Wald betrifft, so kann ich aus dem Bundeswaldbericht ersehen, daß es dem Wald noch nicht gut geht. Da wir den Wald als lebensnotwendig ansehen und um seine Bedeutung als Puffer und als Filtersystem sowie als CO₂-Senke und für Erholungssuchende wissen, wäre es sinnvoller, das Geld statt für Prämien für eine zielgerechte Verbesserung des Zustandes des Waldes auszugeben. Meines Erachtens müßten Gelder bereitgestellt werden, um die schlimmsten Schäden zu vermeiden. Man sollte den Landwirten die Belastung - sprich: Beiträ-

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

ge - erlassen. Das ist eine Forderung, die ich alljährlich gestellt habe, die aber bis heute noch nicht angekommen ist.

Das gleiche gilt für Kanalsysteme; mein Kollege Kuhl hat es schon angesprochen. Bei der Kanalisierung sollen 47 Millionen DM eingespart werden. Auf der anderen Seite fordert man von den Kommunen doch eine entsprechende Entsorgung auch in dem ländlichen Raum. Deshalb müßten eigentlich an dieser Stelle 47 Millionen DM mehr eingesetzt werden.

Nochmals betonen möchte ich, daß wir zwar sparen, aber auch auf den richtigen Feldern die Mittel gezielt einsetzen müssen, so daß eine Effizienz erkennbar ist. Dieses sind wir den Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen schuldig. Leider aber steht im MURL - nämlich in dem Buchstaben "L" - die Landwirtschaft immer noch hinten. Das sollten wir in den nächsten Jahren gemeinsam zu ändern und zu verbessern suchen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

(B)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege! - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneten Hürten das Wort.

(Zurufe)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Es ist ja schön, daß Ihnen auffällt, daß ich heute so oft hier stehe. Aber so spielt das Leben nun manchmal: Man holt zum Ende des Jahres die ganze Redezeit nach, die zuvor nicht gegeben oder nicht notwendig gewesen war.

(Erneut Zurufe)

- Doch, es muß sein, daß auch aus der Sicht der GRÜNEN jetzt etwas zur Landwirtschaft gesagt wird.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle - es ist auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden -, daß die Situation der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft extrem angespannt ist, daß die Existenzen vieler landwirtschaftlicher Betriebe auf dem Spiel stehen und

(C)

daß im Grunde genommen die Zukunft des ländlichen Raumes in Frage gestellt wird.

Die agrarpolitischen Probleme werden dabei verschärft - mein Kollege Mai hat es schon angesprochen - durch ökologische Probleme. In der vergangenen Woche ist auf einer Anhörung der GRÜNEN noch einmal die erschreckende Bodenbelastung durch Dioxine und andere Schadstoffe deutlich geworden. Dies wird bedeuten, daß in weiten Bereichen die schon aus anderen Gründen in Frage gestellte Nutzung durch diese Bodenbelastung zusätzlich in Frage gestellt wird. Das wird uns in ganz andere Diskussionen und Dimensionen führen und die Probleme noch weniger bewältigbar machen.

Wir teilen die Befürchtung von Minister Matthiesen in Anbetracht der Verhandlungsergebnisse der GATT-Runde, daß - Zitat -

die Landwirtschaft ausradiert würde, wenn amerikanischen Agrarinteressen nachgegeben würde.

Herr Minister Matthiesen, sie sagten auch:

Man kann unseren Landwirten und ihren Familien nichts mehr vorgaukeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Wie wahr! sage ich dazu.

Nach Ihren Vorstellungen müßte vielmehr ein wirksamerer Außenschutz für die heimische Landwirtschaft durchgesetzt werden. Leider fehlen noch die konkreten Vorschläge von Ihnen dazu, wie das zu erfolgen hätte. Statt dessen begnügen Sie sich damit, bei Unkundigen den Eindruck zu erwecken, daß es um Ihre Agrarpolitik besser bestellt sei. Wie der Haushaltsentwurf für den Agrarbereich zeigt, ist dies allerdings keineswegs der Fall.

Die Spatzen pfeifen es längst von den Dächern der wenigen noch verbliebenen nordrhein-westfälischen Bauernhöfe: Die nordrhein-westfälische Agrarpolitik ist nicht mehr als die Unterstützung des agrarwirtschaftlichen Strukturwandels - sprich: Produktionsaufgabe - unter einem ökologischen Deckmäntelchen. Ein

(A) (Hürten [GRÜNE])

besonders eklatantes Beispiel: das Feuchtwiesenprogramm.

Die betroffenen und aufmerksamen Beobachterinnen und Beobachter nordrhein-westfälischer Agrarpolitik haben die proklamierte Politik von Landwirtschaft und Naturschutz längst als das entlarvt, was sie in Wirklichkeit ist: die mit Härteausgleich aus dem Naturschutzgesetz geschmückte soziale Abfederung des Strukturwandels. Es geht nicht um ökologische Landwirtschaft; es geht nicht um die Sicherung der bäuerlichen Bewirtschaftung. Statt dessen heißt herkömmliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen Biotopmanagement.

Wir halten diese Art von Landwirtschaftspolitik für absolut ungeeignet, die von Ihnen richtig erkannten Probleme im Agrarbereich auch nur annäherungsweise zu mildern. Und weil wir kaum auf wirksame Hilfe auf EG-Ebene und ebensowenig auf Bundesebene hoffen können, sind wir als Bundesland in der Pflicht, alle unsere Möglichkeiten auszuschöpfen und dabei auch neue Wege zu gehen.

(B)

Mit unseren Vorschlägen zum Haushalt 1992 haben wir Ihnen Möglichkeiten dazu aufgezeigt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Grundzüge der Agrarpolitik der GRÜNEN erläutern. Ich hatte auch vorhin den Eindruck, daß sie noch nicht so richtig verstanden wurden.

Dreh- und Angelpunkt aller Debatten bezüglich des Einflusses eines Bundeslandes auf das Agrargeschehen ist die mangelnde Kompetenz. Wenn dem so ist, meine Damen und Herren, dann müssen wir Mittel und Wege finden, solche Kompetenz herzustellen; denn freiwillig wird man sie uns nicht geben, höchstens für das Krisenmanagement, wie etwa mit dem EG-Verordnungsentwurf zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen geschehen.

Wir müssen aus der Not eine Tugend machen und neue Eingriffsmöglichkeiten schaffen, die einerseits die bäuerlichen Existenzen auf wirtschaftlicher Basis sichern und andererseits umweltpolitischen Anforderungen genügen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Wir schlagen dazu ein Abgabebündel vor, das dort, wo die Umweltbelastungen entstehen, Abgaben erhebt und damit die Umstrukturierung zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft mit den nötigen Finanzmitteln ausstattet.

Um das noch einmal zu erklären: Natürlich ist die Folge, zunächst einmal die Abgabe zu erheben und die mit der so erhobenen Abgabe gewonnenen Gelder einzusetzen, um die entsprechenden Ziele zu finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Kollege Busch und auch andere werden das gerne noch einmal im Detail erklären und dabei auch auf die Berechnungsmethode eingehen. Ich habe nämlich den Eindruck, daß das wirklich immer noch nicht verstanden worden ist.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Man muß das Herrn Matthiesen oft erklären!)

- Ich glaube auch, daß man das oft erklären muß.

Vor diesem Hintergrund wollen wir auf den Vertrieb von Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmitteln sowie auf Massentierhaltung Umweltafgaben erheben. Der durch diese Abgaben erzeugte ökonomische Druck ist geeignet, die Umweltbelastung zu reduzieren, weil er dazu motiviert, den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden zu verringern. Darüber hinaus wird dieses Ziel durch das Verbot der Anwendung von Wachstumsreglern unterstützt, deren Ausschluß sich automatisch reduzierend auf den Einsatz von Stickstoffdüngern sowie Pflanzenschutzmitteln auswirkt.

(D)

Aufgrund der realen Verteilung der Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelverwendung sowie der Massentierhaltung wird die von uns angestrebte allgemeine Extensivierung mit Schwerpunkten in agrarwirtschaftlichen Intensivregionen erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die soziale Verträglichkeit der genannten Maßnahmen wird durch die Einrichtung eines Fonds zur Ausgleichszahlung für verminderte Erträge und Einkommen gesichert. Die Ausgleichszahlungen erfolgen

(A) (Hürten [GRÜNE])

gestaffelt im Umfang mit zunehmender Betriebsgröße und abnehmender Standortgunst, so daß gleichzeitig mit den umweltorientierten Maßnahmen ein Abbau des Einkommensgefälles der landwirtschaftlichen Betriebe untereinander erreicht wird.

Wir sind der Auffassung, daß wir uns bei dem sich beschleunigenden Strukturwandel durch diese Maßnahmen etwas Luft verschaffen können, auch wenn der dadurch eingeleitete Prozeß in der ersten Phase allein eine Verringerung der auseinanderklaffenden Einkommensschere bewirkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Eckpunkte der GRÜNEN-Agrarpolitik werden von weiteren strukturwirksamen Maßnahmen flankiert, die auf eine ökonomisch stabile und ökologisch verträgliche Landwirtschaft ausgerichtet sind. Hier ist in erster Linie die Einführung eines Festmistprogramms zu nennen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Ein Festmistprogramm! Gülle heißt das Zeug, wenn es flüssig ist, und Festmist in festem Zustand. Sie sollten vielleicht doch einmal in die ländlichen Regionen dieses Landes fahren und sich das bei dem einen oder anderen Bauern nicht nur erklären lassen, sondern auch in natürlichem Zustand ansehen; dann verstehen Sie das vielleicht.

(B)

(Allgemeine Unruhe)

Die Förderung der Festmistwirtschaft in der Landwirtschaft dient ebenfalls den Zielen der flächendeckenden Extensivierung, der Umweltentlastung und dem Abbau von Überschüssen.

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, darf ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Uhlenberg zulassen?

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Ja, wenn es der Erheiterung dient zu so später Stunde!)

(C)

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Frau Kollegin, es soll nicht der Erheiterung dienen, sondern den Fakten. Meinen Sie nun das normale Festmistprogramm oder das Häckselbiokompostprogramm, das in der letzten Zeit des öfteren in der Landwirtschaft ausprobiert wird?

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das war eine Fangfrage!)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Ich meine ein klares Festmistprogramm und war gerade noch dabei zu erläutern, was wir uns davon versprechen.

Festmist im betrieblichen Kreislauf ist die Voraussetzung für optimalen Energieeinsatz bei der Verwendung als betriebseigener Dünger, begünstigt artgerechte Haltungsformen, verringert die Gefahr von Überdüngungen und unerwünschten Nährstoffauswaschungen in Boden und Grundwasser, gewährleistet ferner eine höhere Flächenbindung der Produktion und damit eine tendenzielle Versorgung der Tiere von den betriebseigenen Flächen - ich nenne hier nur Grünland, Futterbau und Getreide - und schließlich die Verringerung des Zukaufs von Futtermitteln und Substituten.

(D)

Perspektivisch bieten die Festmistbetriebe darüber hinaus die besten Voraussetzungen zur Umstellung auf Verfahren des biologischen Landbaus.

Mit der Förderung des Systems Festmist wird die Abkehr von rein mengenorientierten Förderungswegen beschritten. Eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise steht im Vordergrund der Förderziele und ist Ansatzpunkt für vielfältige Fördermöglichkeiten.

(Allgemeine Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich finde es doch wirklich sehr erfreulich, daß ein so ernstes Thema zu so später Stunde noch so erheiternd wirken kann.

Auch das Festmistprogramm wollen wir mit Ausgleichszahlungen in Form von Vermarktungsprämien für die bei Betrieb von Festmisteinheiten erzeugten

(A) (Hürten [GRÜNE])

Produkte verbinden. Die Ausgleichszahlungen begründen sich in der erhöhten Arbeitsleistung für den Festmistbetrieb sowie den gewollt verringerten Wachstumsmöglichkeiten solcher Betriebe.

Darüber hinaus sollten die Festmistbetriebe im Rahmen des Haushaltstitels

(Anhaltende Unruhe)

- ich bin gleich mit dem Thema fertig, dann kommt etwas anderes, das Sie hoffentlich ebenso erheitern wird -

"Vergabe von Anlieferungsreferenzmengen bei der Milch" oder auch Milchquoten neben Betrieben des biologischen Landbaus bevorzugt berücksichtigt werden.

Ein weiteres wesentliches Standbein zukunftsorientierter Agrarpolitik muß der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen für landwirtschaftliche Produkte sein.

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, ich muß Sie fragen, ob Sie noch eine Zwischenfrage zulassen.

(B)

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Von wem bitte?)

- Von Herrn Abgeordneten Aigner.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Ja bitte!)

Abgeordneter Aigner (SPD): Frau Kollegin, können Sie mir sagen, welche Restfeuchte dieser Festmist haben darf?

(Heiterkeit)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Derartig technische Fragen kann ich Ihnen im Moment leider nicht beantworten. Ich werde Ihnen eine Antwort zukommen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Ein weiteres wesentliches Standbein zukunftsorientierter Agrarpolitik muß - wie gesagt - der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen für landwirtschaftliche Produkte sein. Der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen ist insbesondere für den Bereich der ökologischen Landwirtschaft nach der einseitig auf die Produktion ausgerichteten Förderung der letzten Jahre dringend auszuweiten. Gegenwärtig vermarkten die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Produkte insbesondere in einem anonymen Markt - beispielhaft nenne ich hier nur Schlachthöfe sowie Molkereien - oder zu einem geringeren Teil ab Hof.

Die Schaffung regionaler Vermarktungsstrukturen stellt eine Weiterentwicklung der Ab-Hof-Vermarktung dar, die von den landwirtschaftlichen Betrieben nicht mehr allein gewährleistet werden kann. Hier sollen räumliche und personelle Kapazitäten zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe im Hinblick auf eine verbrauchernahe Vermarktung bereitgestellt werden. Im ersten Jahr sollen dazu in jedem Kreis oder in jeder kreisfreien Stadt Räumlichkeiten angemietet und mit jeweils drei Personalstellen besetzt werden. Da die Direktvermarktung eine Domäne der Frau ist - hier kommen die Frauen also wieder zum Zuge -, erwarten wir, daß hier gesicherte Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.

Regionale Vermarktungsstellen landwirtschaftlicher Produkte dienen sowohl der Regionalisierung wirtschaftlicher Strukturen als auch den Produzenten und den Verbrauchern. Als Kristallisationspunkte für den Absatz regional erzeugter Produkte sind sie geeignet, regionale Strukturen zu stärken, landwirtschaftliche Einkommen zu stützen und verbrauchergerechte Angebote bereitzustellen. Dieser konkrete Ansatz für eine eigenständige Regionalentwicklung wäre nach unseren Vorstellungen durch die Etablierung eines Vereins für eigenständige Regionalentwicklung zu unterstützen.

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, es wünscht noch jemand, eine Zwischenfrage zu stellen, nämlich Herr Abgeordneter Krömer.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Ja bitte, aber nicht mehr zu Festmist!
- Heiterkeit)

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

- Herr Abgeordneter Krömer, bitte!

Abgeordneter Krömer (CDU): Frau Hürten, können Sie sich vorstellen, daß das, was Sie konzeptionell vorschlagen, eine Regionalisierung des Verkaufs auf der einen Seite und eine Konzentration des Einkaufs auf der anderen Seite, eine reale Chance hat?

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Deswegen schlagen wir ja vor, daß ein Verein gegründet wird, der nicht nur die Regionalstrukturen stärken, sondern auch den Absatz ermöglichen soll und der das erforscht und begleitet, damit dieses Risiko - das gebe ich zu - in Schranken gehalten werden kann.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung geraten die Teilregionen in eine immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von den Zentren und den Wirtschaftsverbänden. Die eigenständige Regionalentwicklung soll diesen Negativeffekten zur Erhaltung der ländlichen Lebensqualität entgegenwirken.

(B) Daß sich agrarpolitische Fördermaßnahmen auch nachteilig auswirken können, wenn nicht berücksichtigt wird, daß gleichzeitig die Vermarktung gefördert werden muß, läßt sich zur Zeit insbesondere im Bereich der ökologischen Landwirtschaft beobachten. Plötzlich besteht im Biobereich ein Überangebot, und der schon aus dem konventionellen Landbau bekannte Prozeß des Strukturwandels setzt ein. Dem kann unseres Erachtens mit geringem Aufwand, aber mit großem Effekt entgegengesteuert werden, und zwar zum Beispiel durch Beihilfen zur Erfassung von Rohmilch aus kontrollierter biologischer Produktion, durch Verlustausgleich der gegenwärtigen Unterwertvermarktung von Biorohmilch als herkömmliche Rohmilch sowie durch die Schaffung zusätzlicher Verarbeitungseinheiten für Biorohmilch und auch für Rohmilch aus Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt.

Gegenwärtig erfolgt die Verarbeitung von Rohmilch aus kontrollierter biologischer Produktion in Nordrhein-Westfalen einzig in zwei Molkereien. Zur Erfassung dieser Milch sind daher zur Zeit erhebliche Fahrstrecken erforderlich. Für den entstehenden

(C)

Mehraufwand der Erfassung dieser Milch wären den Molkereien Fördermittel zur Verfügung zu stellen.

Der derzeit noch unterentwickelte Absatz von Milch aus kontrollierter biologischer Produktion erfordert die teilweise konventionelle Vermarktung dieser Milch und bedingt Unterwertvergütung für die erzeugenden Betriebe. Zum Ausgleich der betreffenden Einkommensverluste sollen die betroffenen Erzeuger Fördermittel erhalten, mit denen sichergestellt werden kann, daß für die Erzeuger gerechte Preise entstehen und damit deren naturverträgliche Produktionsformen ökonomisch existenzfähig bleiben.

Andererseits sind die Molkereien aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Verarbeitungseinheiten gegenwärtig kaum mehr in der Lage, kleinere Mengen Rohmilch gesondert zu verarbeiten. Dies ist jedoch zum Beispiel für die Verarbeitung von Milch aus kontrolliertem biologischen Anbau unabdingbar und darüber hinaus auch für Milch aus bestimmten Regionen anzustreben, um deren spezifische Qualitätsmerkmale, zum Beispiel: aus zusammenhängenden Feuchtwiesengebieten, zu erhalten und für die Verbraucherentscheidung nachvollziehbar zu machen. Daher schlagen wir die Einstellung von Finanzmitteln für Investitionen zur Wiederherstellung und Neuerstellung entsprechender Verarbeitungskapazitäten bei den Molkereien vor.

(D)

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluß.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter
Schultz [SPD]: Ihre "Lesezeit" ist zu
Ende!)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Wir haben einen weiteren Antrag vorgelegt, nämlich zur sozialen Absicherung von Landfrauen. Ich kann ihn nun nicht mehr ausführen.

Zum Schluß meiner Rede möchte ich eine persönliche Bemerkung machen: Herr Matthiesen, es hat mich tief getroffen, in welcher Art Sie meinen Parlamentarischen Geschäftsführer und Kollegen Michael Vesper herabgewürdigt haben. Ich finde das selten niveaulos.

(A) (Hürten [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Eine scherzhafte Bemerkung lockert am Abend auf, aber fünf derartige Bemerkungen hintereinander finde ich unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Matthiesen das Wort.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Hürten, ich hatte gar nicht das Gefühl, daß Herr Vesper mir das so übelgenommen hat.

(Widerspruch von den GRÜNEN - Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Der ist sensibel, der Vesper!)

Ich fand das ganz spaßig und meine Analyse ziemlich zutreffend. Daß sie Ihnen nicht gefällt, ist eine ganz andere Frage.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Ich selbst bin - auch in dieser Debatte - mehrfach in Verlegenheit gebracht worden. Frau Keller, was soll ich denn auf Ihre - sinngemäße - Frage antworten, ob ich noch über sensible Zonen verfüge, in die gelange, worum es gehe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Unbescheiden wie ich bin, antworte ich darauf mit einem einfachen Ja. Solche gibt es noch.

(Heiterkeit)

Aber was Sie gesagt haben, ist ja ernster. Gemeint war, daß wir auch im Zusammenhang mit der europäischen Agrarpolitik darüber nachzudenken haben, wie die Zuständigkeitsgewichtung zwischen der euro-

(C)

päischen Ebene, der nationalen Ebene und der Ebene der Bundesländer ist. Das ist angesichts einer zunehmenden, wie ich finde auch bedrückenden, EG-Regelungsdichte eine ganz wichtige Frage.

Ich habe mir einmal herausuchen lassen, welche Regelungsdichte wir durch die europäische Agrarpolitik mittlerweile haben, und möchte das kurz vortragen.

Nur für den Bereich Getreide, Frau Keller, haben wir zur Zeit rund 200 Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft, während die Länder bisher wenige Verordnungen für bestimmte Regelungsbereiche haben. Wir haben im Bereich der Vieh- und Fleisch-erzeugung rund 40 Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben im Bereich der Milch - ohne Milchhygiene - rund 40 EG- und Bundesvorschriften. Und im Bereich der Tierzucht haben wir 20 EG-Vorschriften, überwiegend in Form von Richtlinien und Empfehlungen.

Welche Blüten das treibt - und mein Ressort ist ja in besonderer Weise von der Regelungsdichte der Europäischen Gemeinschaft betroffen, weil sich das fast alles im Agrarbereich tummelt -, kann ich Ihnen hier an einem Verordnungstext der EG-Kommission zeigen. Dort wird auch die "Denke" deutlich. Da steht:

(D)

Jedes männliche Rind muß ab dem ersten Prämienantrag bis zum Erreichen des Alters von drei Jahren oder bis zum Zeitpunkt der Schlachtung von einem Verwaltungspapier begleitet werden.

Das ist hier nicht erfunden, sondern Originaltext der EG-Kommission. Ich sage hier in aller Deutlichkeit - und deshalb finde ich es auch richtig, daß Sie das in der Debatte gebracht haben -: Wenn wir so weitermachen, dann kommen wir vom total reglementierten Markt hin zum völlig kontrollierten Bauern - eine verhängnisvolle Entwicklung, die wir nicht hinnehmen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Zuständigkeit ist heute äußerst gering. Die, die wir haben, leugne ich nicht. Aber daß Sie uns dabei unterstellen, wir wären nicht innovativ und

(A) (Minister Matthiesen)

würden unsere Zuständigkeiten nicht nutzen, ist objektiv falsch. Wer hat denn das Programm für die umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft entwickelt? Wer hat denn, europaweit als Vorbild und Modell, das Feuchtwiesen-Schutzprogramm entwickelt? Übrigens, Frau Hürten, das Feuchtwiesen-Schutzprogramm ist nicht, wie Sie sagen, ein Produktionsaufgabeprogramm, sondern es ist gerade entwickelt und mit Finanzmitteln ausgestattet worden, damit möglichst viele Landwirte bei einer bäuerlich strukturierten Kulturlandschaft bei gleichzeitiger Verbesserung der ökologischen Situation bleiben können. Das ist der Sinn dieses Programms.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer hat das Extensivierungsprogramm entwickelt? Wer hat viele Vermarktungsprogramme auf den Weg gebracht? Und ich erinnere nur an die 12-Punkte-Vereinbarung zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft.

Das alles, Frau Keller - und das sage ich auch an Herrn Meyer -, wäre nicht möglich gewesen - die Erfahrungen der anderen Bundesländer zeigen dies -, wenn wir Landwirtschaft und Umwelt in zwei Ministerien organisiert hätten. Niemals wäre das Kooperationsprinzip zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft, zwischen Naturschutz und Landwirtschaft organisierbar gewesen, weil bei zwei getrennten Ministerien die Konfliktlinien so trüchtig sind und aufeinanderprallen, daß sie nie zu einem vernünftigen Ausgleich gekommen wären. Das zeigt die Erfahrung in den anderen Bundesländern. Deshalb finden Sie auch keinen Präsidenten der Verbände, geschweige denn der Kammern oder sonstwo, die von der Landesregierung heute ernsthaft fordern würden, das, was der Ministerpräsident zusammengefügt hat, erneut zu trennen. Das war eine sehr weise Organisationsentscheidung unseres Ministerpräsidenten.

Die Landesregierung hat auch Konzepte. Nur will ich das wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht alles vortragen. Ich will nur an unsere Warnungen vor den Flächenstilllegungen erinnern.

Aber, Frau Keller, Sie müssen sich dann fragen lassen, was da in Ihrer Partei geschieht. Ich weiß nicht, wie ernst das zu nehmen ist. Ich lese in der

(C)

Zeitung "Die Welt", daß es innerhalb der CDU ein Geheimpapier zur Agrarpolitik gibt und daß darin - immer vorbehaltlich, daß der Bericht der "Welt" stimmt - offenbar eine Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb vollzogen

(Hört, hört! bei der SPD)

bzw. der Kappung von Förderobergrenzen das Wort geredet wird. Meine Damen und Herren, wenn dies Ihre Politik wird, unterscheiden wir uns dann auch in der Agrarpolitik fundamental. Wir werden die Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb nie mitvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit uns wird das nicht gehen.

Frau Hürten, wir haben eine Menge getan, um Betrieben - -

Präsidentin Friebe: Herr Minister, darf ich vorher fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen zulassen?

(Minister Matthiesen: Aber gern!)

- Bitte schön, Herr Dr. Linssen!

(D)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Matthiesen, abgesehen davon, daß Sie sich sicherlich keine Sorgen machen müssen, daß wir vom Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes abgehen: Halten Sie die Kappungsobergrenzen so, wie sie jetzt existieren, für der gegenwärtigen Situation angemessen?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Eben nicht, die Obergrenzen jetzt kappen, und zwar aus mehreren Gründen, Herr Kollege Linssen. Einmal, weil wir heute überhaupt nicht erkennen können, was im Ergebnis GATT-Verhandlungen für die europäische und deutsche Landwirtschaft bedeuten. Zweitens können wir heute überhaupt noch nicht erkennen, welche Konsequenzen aufgrund welcher Einigungen auf der europäischen Ebene auf uns zukommen. Drittens können wir heute

(A) (Minister Matthiesen)

immer noch nicht erkennen, mit welchem Tempo und in welche Zielrichtung und zu welchen Größen sich die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern entwickelt. Deshalb wäre es zum jetzigen Zeitpunkt ordnungspolitisch sträflich, die Obergrenzen in Frage zu stellen, weil das den ohnehin laufenden Umstrukturierungsprozeß - hin zu Agrarfabriken und weg vom bäuerlichen Familienbetrieb - nochmals verstärken würde. Und das kann nicht Sinn der Agrarpolitik, vor allem nicht in der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir würden damit anderen europäischen Staaten mit anderen Agrarstrukturen wirklich in die Hände arbeiten. Wir sollten hier die Interessen der deutschen Landwirtschaft auch unter diesem Gesichtspunkt klug abwägen.

Frau Hürten, ich habe nicht verstanden, wo Ihre Alternative ist.

(Zuruf der Abgeordneten Hürten [GRÜNE])

(B) - Sie mahnen also die ökologische Ausrichtung der Produktion an. Dann müßten Sie eigentlich auch für alle Programme der Landesregierung sein, die den Versuch unternehmen, für ökologische Dienstleistungen einen ökonomischen Ausgleich zu machen. Das gilt für das Mittelgebirgsprogramm genauso wie für das Feuchtwiesen-Schutzprogramm.

Aber eines habe ich während Ihres Beitrages gelernt: daß der Festmist offenbar eine hohe strategische Bedeutung für die Politik der NRW-GRÜNEN hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, das müssen wir auch ertragen, aber ich glaube, es darf uns nicht mit großer Sorge erfüllen.

Frau Keller, Sie haben gesagt - an mich gewandt, aber meine Partei meinend -: Die Bauern wählen Sie doch nicht. Es ist ja gerade Ihr Problem, wenn ich das ganz freundschaftlich sagen darf, daß sie das zunehmend tun.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: So ist es!)

(C)

Sonst wären ja unsere guten Wahlergebnisse in ländlichen Gebieten gar nicht erklärbar. Sie tun es ja, nicht weil sie die Sozialdemokraten für die besten aller Demokraten halten, sondern sie tun es natürlich auch, weil sie total enttäuscht über die europäische Agrarpolitik und über die nationale Agrarpolitik sind und weil sie die Erfahrung machen, daß sich das, was man ihnen in den letzten Jahren landauf, landab versprochen hat, zunehmend negativ für sie auszahlt, daß sie mit ständigen Preissenkungen und Einkommensverlusten zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die bittere Erfahrung der Landwirte in unserem Lande und darüber hinaus.

Im übrigen machen Sie sich keine Sorgen. Wir machen das beim nächsten Wählervotum genau wie bei dem letzten. Ich habe das, glaube ich, schon mal erzählt. Wenn in den Versammlungen so richtige Westfalen oder Rheinländer um 22 Uhr nach dem offiziellen Teil und am Schluß mit Bemerkungen deutlich machen wollen, in welche Richtung das denn zu gehen habe, dann habe ich immer sinngemäß gesagt: Seid euch klar, einen schwarzen Landwirtschaftsminister kriegt ihr nicht. Da haben sie genickt. Dann habe ich gesagt, einen grünen wollt ihr hoffentlich nicht. Darauf gab es Beifall. Ich habe hinzugefügt: Wählt diesmal einen vernünftigen roten. Das haben sie teilweise getan. Nächstes Mal auch. Schönen Dank!

(D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Uhlenberg für die Fraktion der CDU das Wort. Er wird aber seine Zeit nicht ganz ausnutzen, wie er versprochen hat - vielleicht ein Beispiel für nachfolgende Rednerinnen und Redner.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Hürten, ich bin immer wieder traurig darüber, daß diese Debatten zu später Stunde stattfinden, daß im Grunde aus ernsthaften agrarpolitischen Ansätzen dann "Festmistdebatten" werden. Das wird in der Tat

(A) (Uhlenberg [CDU])

der Situation der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Das sollte man bei solchen Beiträgen auch berücksichtigen. So etwas kann man sicherlich im Ausschuß diskutieren, aber ich glaube, das sollte man in dieser Form nicht ins Plenum tragen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Herr Minister Matthiesen, Sie haben von einer Sternstunde der Opposition bei den Haushaltsplanberatungen gesprochen, wie dies üblicherweise ist oder sein sollte. Ich möchte an dieser Stelle nur sagen: Eine Sternstunde im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hatten Sie in diesem Jahr noch nicht, Herr Minister Matthiesen, weil Sie seit Monaten an keiner Sitzung mehr teilgenommen haben.

(Zurufe von der CDU)

Seit Monaten! Sie haben gesagt, es sei eine tolle Lösung gewesen, Umwelt und Landwirtschaft in einem Ministerium zusammenzufassen. Nur muß ich mir die Frage stellen: Warum geht denn dieser Umweltminister, der natürlich kein Landwirtschaftsminister mehr ist, nicht mehr in den Ausschuß?

(B)

Im vorigen Jahr, Herr Minister Matthiesen, sind Sie vor den Haushaltsplanberatungen zu den Obleuten gekommen und haben gesagt, wir möchten Verständnis dafür haben, daß Sie an den Haushaltsplanberatungen nicht teilnehmen können. In diesem Jahr, Herr Minister Matthiesen, haben Sie diesen Ausschuß, haben Sie die Obleute, haben Sie die Mitglieder dieses Ausschusses monatelang nicht mehr gesehen. Das ist die Art und Weise, meine Damen und Herren, wie innerhalb dieser Landesregierung, wie innerhalb der Mehrheitsfraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen die Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes ernst genommen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie gehen nach Steinfurt und schimpfen abends einhalb Stunden lang auf die EG-Agrarpolitik und natürlich auf die Bundesregierung. Natürlich sind die

(C)

Bauern sauer auf die EG-Agrarpolitik. Auf der anderen Seite können die Landwirte in Steinfurt einen Tag später in der Zeitung lesen, daß die Mittel für die Gewässerunterhaltung gestrichen werden. Der Minister propagiert hier das Feuchtwiesenprogramm der Landesregierung, und der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion, Herr Professor Farthmann, schreibt einen Brief, in dem er zum Entsetzen auch Ihres Hauses das Feuchtwiesenprogramm finanziell zur Disposition stellt.

Meine Damen und Herren! Sie sprechen von Regionalisierung der Agrarpolitik. Die Landesregierung hat ein Heft herausgegeben über Europa, über Regionen in Europa, über politische Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen. Die Agrarpolitik ist der Bereich innerhalb der europäischen Politik mit der längsten Tradition - seit den 50er Jahren. Wenn ich mir dieses Heft ansehe, steht da nichts von Agrarpolitik drin.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Da steht etwas von Industrie, von Bevölkerungsstruktur, von Medien, von Kultur, von Sport. Alles mögliche steht drin, nur die Landwirtschaft kommt nicht vor.

Wenn Sie sich darüber sorgen, Herr Minister Matthiesen, wie die CDU in Zukunft bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen bei der ländlichen Bevölkerung abschneiden wird, so darf ich Ihnen sagen, daß Ihre Art und Weise, Politik zu machen, von den Landwirten durchschaut ist: große Sprüche, Schimpfen auf Europa, aber keine entsprechenden Alternativen auf Landesebene.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe abends immer dieses Heft dabei, Herr Minister Matthiesen. Es ist der Beweis dafür, wie ernst die Landesregierung es mit den Landwirten und dem ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen meint.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: So, das hat den Minister herausgefordert. Ich erteile ihm das Wort.

(A)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herausfordert nicht, Frau Präsidentin.

(Zurufe von der CDU)

Aber zwei Sätze, verehrter Herr Reul, wollte ich doch noch sagen, denn ich gehöre an sich zu den Ministern - aber ich muß mich dafür weder verteidigen noch rechtfertigen -, die sehr aufmerksam die Ausschußberatungen verfolgen und, soweit es geht, an ihnen auch teilnehmen. Wenn mir hier aber ein solcher Vorwurf gemacht wird und ich gleichzeitig weiß, daß ich vor kurzem vor einer Sitzung, in der wichtige Themen anstanden, dem Ausschußvorsitzenden schriftlich mitgeteilt habe, daß ich nicht teilnehmen kann, weil ich als Vorsitzender der Umweltministerkonferenz nach Leipzig muß, dann finde ich das nicht besonders gut.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein! Das war aber nur einmal!)

Im übrigen: Dort, wo Präsenz notwendig ist, sind wir auch präsent.

(B)

(Lachen und Zurufe bei der CDU - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Von Gottes Gnaden!)

- Es ist doch lächerlich, daß Sie die Frage, wann ein Minister an welcher Ausschußsitzung teilgenommen hat, zu einem ernsthaften Thema machen. Es gibt schließlich auch einen Staatssekretär und gute Beamte, und manche Ausschußberatung erfordert die Anwesenheit des Ministers nicht. Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Nun eine letzte Bemerkung:

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die gegenwärtigen Bauerndemonstrationen, die man sehr, sehr ernst nehmen muß, weil sie von der Sorge über die Fehlentwicklung der europäischen Agrarpolitik getragen sind, richten sich nicht gegen die Landesregierung, wie man überhaupt in den letzten Jahren feststellen konnte, daß es Bauernproteste nicht wegen der Politik der Landesregierung gegeben hat.

(C)

Die Bauern im Lande wissen sehr wohl, daß wir sie im Rahmen unserer Möglichkeiten dabei unterstützen, ihre Wettbewerbsposition zu halten und, soweit es geht - soweit es geht, sage ich; denn Strukturwandel wird es immer geben -, auch die Betriebe zu erhalten. Aber wir haben nun einmal Fehlentwicklungen der nationalen und der europäischen Agrarpolitik. Ich kann uns alle nur herzlich bitten, das, was zur Zeit - wir werden am Freitag darüber diskutieren - im Zusammenhang mit GATT-Verhandlungen auch aus der Position der Bundesregierung heraus geschieht, aufmerksam zu verfolgen.

Herr Kollege Meyer weiß von mir, daß die Positionen seines Parteikollegen Herrn Wirtschaftsminister Möllemann aus industriepolitischer Sicht verständlich, aus agrarpolitischer Sicht aber teilweise verhängnisvoll sind. Wenn diese sich als Ergebnis der deutschen Positionseinbringung im GATT durchsetzen und anschließend umgesetzt werden, dann ist ein Teil des Endes der deutschen Landwirtschaft eingeläutet - mit verheerenden Folgen auch für die Sozialstrukturen unserer ländlichen Räume.

Deshalb sollten wir uns das mit der Schuldzuweisung nicht so billig machen. Die Lage ist viel zu ernst, und es gibt nicht viel Spielraum für parteitaktische Spielereien.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2904, zunächst über die Anlage 1 - Kapitel 10 050 "Vermeidungs- und Verwertungsanreize zum Sonderabfallaufkommen" - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Anlage 2 - Kapitel 10 050 "Schonung der Grundwasserressourcen" - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich je-

(A) (Präsidentin Friebe)

mand der Stimme? - Ich stelle fest: Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 3** - Kapitel 10 060 "Sonderfonds Immissionsschutz" - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 4** - Kapitel 10 220 "Förderung der Gewerbeaufsichtsämter" - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Auch die Anlage 4 ist **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses zu Einzelplan 10 **Drucksache 11/2810** auf. Wer dieser seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die Beschlußempfehlung ist **angenommen**. Damit ist der Einzelplan 10 in 2. Lesung verabschiedet.

(B) Ich rufe die Nummer 5 auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2815 und auf die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Dreyer für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dreyer (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Die Öffnung Osteuropas und die Einheit Deutschlands sowie die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die Bildung des europäischen Wirtschaftsraumes 1993 sind Fakten, die auch dynamische Verkehrspolitik erfordern. So verzeichnen wir seit der Öffnung Osteuropas enorme Wachstumsraten im Ost-West-Verkehr.

(C)

Die Prognosen für den Zeitraum 1988 bis 2010 zeigen, daß der Güterverkehr in dieser Relation allein innerhalb Deutschlands um das 7,3fache, der Personenverkehr um das 7,8fache steigen wird. Die weitere gesamteuropäische Entwicklung wird zu stark wachsenden Verkehrsströmen auf allen maßgeblichen Relationen führen.

Für die einzelnen Verkehrsträger bedeutet dies: Der Straßengüterverkehr wird um 95 %, der Güterverkehr auf der Schiene um 55 % und die Binnenschifffahrt um 84 % wachsen. Im Personenverkehr überholen die Steigerungsraten der Bahn mit 41 %, im Fernverkehr sogar mit 58 % die des Autoverkehrs von 30 %.

Dieses Szenario zeigt, wie notwendig eine deutliche Steigerung des Verkehrsetats ist. Der Bund trägt dieser Entwicklung auch Rechnung. Ich brauche hier jetzt nicht die Zahlen zu zitieren. Jedermann weiß, daß trotz der Unkenrufe, die der Verkehrsminister dieses Landes immer Richtung Bonn gerichtet hat, dort ganz erhebliches Wachstum zu verzeichnen ist: 27 Milliarden DM ab 1993, schon im Jahr 1991 gab es einen Anstieg auf rund 23 Milliarden DM.

Hinzu kommen die zusätzlichen Aufgaben für die deutsche Einheit. Sie wissen, daß sich der Bundesverkehrsminister nicht nur Gedanken über private Finanzierungen macht, sondern daß inzwischen feststeht, daß 100 Milliarden DM für Maßnahmen des Gesamtverkehrsweplanes auf private Weise finanziert werden, um den Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

(D)

Auf Landesebene sieht dies völlig anders aus. Der Landesstraßenbedarfsplan ist in einem Maße zurückgeführt worden, daß die Landschaftsverbände Projekte mit einem Volumen von mehr als 30 Millionen DM gar nicht mehr angemeldet haben; Ortsumgehungen werden gar nicht mehr gebaut. Noch 1981, meine Damen, meine Herren, hat die Landesregierung von den damals 1,8 Milliarden DM Kraftfahrzeugsteuereinnahmen 1,6 Milliarden DM für den Straßenbereich vorgesehen - alle Positionen gerechnet sind dies Landesstraßenbauplan, Maßnahmen bis 5 Millionen DM Gesamtkosten und die Zuweisungen an die Gemeinden.